

Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (8.10.2003)

Sand im Getriebe 26

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe • html-Version unter www.attac-austria.org/sig/sig.php
email an die Redaktion: sig@attac.de

Wir sind nicht die ersten, die unter der Parole kämpfen „Eine andere Welt ist möglich“. Das haben Generationen vor uns getan, wenn auch mit anderen Formulierungen. In Zeiten des Umbruchs ist es sinnvoll, aus dem Blick zurück auf die **langen Entwicklungstrends der Welt** den eigenen Standpunkt zu verorten und Orientierung zu gewinnen. **Immanuel Wallerstein**, der große alte Philosoph und Historiker des Weltsystems, hat in SiG 19 von den USA als einem abstürzendem Adler gesprochen, und die Verwandlung der einzig verbliebenen Supermacht in eine um sich schlagende Super-Ohnmacht vorausgesagt. Die Ereignisse seit dem Irak-Krieg scheinen ihm Recht zu geben. In dieser Nummer (in der Übersetzung einer in Porto Alegre 2002 vorgetragenen Analyse) versucht er, unsere globalisierungskritische Bewegung mit den bisherigen antisystemischen Bewegungen zu vergleichen. Seine Analyse ist durch den weiten Zeithorizont (hier von 1850 bis heute) gekennzeichnet, den eine emanzipatorische Bewegung braucht, um angesichts gigantischer Aufgaben nicht in Mutlosigkeit zu verfallen. Seine Analysen gehen immer vom Weltsystem als Ganzem aus, sind niemals eurozentriert oder nur auf die reichen Staaten der Welt beschränkt. Er sieht in der Porto-Alegre-Bewegung den vierten Versuch seit der „Weltrevolution 1968“, den Faden der **antisystemischen Rebellion** wieder aufzunehmen. Seine Thesen mögen provokativ wirken, seine Geschichtsphilosophie ist optimistisch: „Die Geschichte steht auf niemandes Seite. Jeder von uns kann die Zukunft beeinflussen, aber wir wissen nicht, und können nicht wissen, in welcher Weise auch andere Einfluss nehmen. Der dem WSF zugrunde liegende Rahmen reflektiert dieses Dilemma und unterstreicht es.“

Noch nie in der Nachkriegs-Geschichte Europas hat es einen so radikalen und unverschämten Abbau hart erkämpfter sozialer Errungenschaften gegeben wie gegenwärtig. **Mohssen Massarrat** macht den Vorschlag, mit einer Kampagne „**30 Stunden für Europa**“ aus der Defensive heraus zu kommen. Wir eröffnen die Debatte!

Zu **Cancun** bringen wir einige Berichte und Analysen. Aus ihnen geht hervor, wie schnell sich die globalen Strukturen verändern und wie sich neue Spielräume in einer entstehenden multipolaren Welt entwickeln. „*Die Entwicklungsländer, da sind sich langjährige Beobachter einig, sind noch nie so stark und geschlossen aufgetreten wie in Mexiko. Europäern und US-Amerikanern sind ebenbürtige Mitspieler erwachsen, die demonstrieren, dass es ihnen mit ihrer Sache ernst ist*“ (S.16).

Walden Bello – dem wir zur Verleihung des alternative Nobelpreis 2003 herzlich gratulieren – geht in seiner Einschätzung sogar noch weiter: „*Es ist nicht verwunderlich, dass die US-Verhandlungskommission in der Gruppe der 21 die Repräsentanten eines Wiederauflebens der Forderungen des Südens für eine ‚Neue internationale Wirtschaftsordnung‘ in den 1970er Jahren sah*“ (www.focusweb.org)

Auf der **Attac-D Sommerakademie in Münster** wurden die vielen Grundfragen der globalisierungskritischen Bewegung diskutiert, von denen wir hier einige Richtung weisende Beiträge veröffentlichen. Es ging um Begriff und Praxis einer neuen **Demokratie**. So z.B. bei **John Holloway**, der der Chiapas-Bewegung nahe steht: „*Die Demokratie, d.h. unsere Demokratie, Rätedemokratie, ist notwendigerweise anti-kapitalistisch, revolutionär, kommunistisch, so wie auch die Revolution notwendigerweise demokratisch, rätedemokratisch ist, oder eben nicht ist.*“ (S.19) Es ging um das Verhältnis der Bewegung zum Staat, zur Macht, zu den Parteien. (**Thomas Seibert**). Es ist „*dringend notwendig, nicht nur Verteilungsfragen, sondern auch jene nach Produktions- und Konsummustern zu stellen*“ (S.31) (**Ulrich Brand**)

Die Diskussionen haben erst begonnen. Die Fragen sind gerade erst neu gestellt. Sie werden nicht nur in deutschen Sprachraum gestellt, sondern – in verschärfter Form – auch in Attac-Frankreich. Über die dortigen Debatten werden wir in SiG27 berichten.

Bis dahin - viel Spaß beim Lesen!

Die Redaktion

	INHALT	Seite
Strategie		
Immanuel Wallerstein	Neue Revolten gegen das System	3
Nicola Bullard	Deglobalisierung und Strategien für den Aufbau der Bewegung?	7
Kampf dem europaweiten Sozialabbau		
Mohssen Massarrat	30-Stunden-Woche für Europa	9
Cancun		
Maria Mies	Neue Kraft - In Cancún zeigten Entwicklungsländer gewachsenes Selbstbewusstsein	13
Thomas Fritz	Warnsignale überfahren	14
Anne Friebe	Ein klares Zeichen (Cancun-Presseschau)	15
Sommerakademie ATTAC-D		
John Holloway	Macht Demokratie!	16
David Harvey	Wie bei den Grünen?	19
Christoph Aguiton	Demokratie und Netzwerke	19
Thomas Seibert	Plädoyer für eine post-avantgardistische Linke	22
Ulrich Brand	Stand und Perspektiven der globalisierungskritischen Bewegung	27
Beatles	Can't buy the World	29
Sozialforum.at	Zug zum ESF Paris 11.11.03	30
H.J.Krysmansky	Zwischen Himmel und Erde	31

Wir danken coorditrad und allen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen, die die SiGs erst möglich machen.
 Die Redaktion: Peter Strotmann, Marie-Dominique Vernhes (Attac Deutschland), Barbara Waschmann (Attac Österreich),
 Karin Vogt, Alice Mittermeier und Alessandro Pelizzari (Attac Schweiz)

Glückwunsch, Walden Bello!

Zur Verleihung des „Alternativen Nobelpreises 2003“

The Right Livelihood Award, also known as the 'Alternative Nobel Prize' was announced in Stockholm yesterday. Dr.Walden Bello (Executive Director of Focus on the Global South) was recognised for "playing a crucial and complementary role in developing the theoretical and practical bases for a world order that benefits all people."

Walden Bello and Nicanor Perlas from the Philippines play crucial and complementary roles in developing the theoretical and practical bases for a world order that benefits all people. The Jury honours Bello and Perlas "for their outstanding efforts in educating civil society about the effects of corporate globalisation, and how alternatives to it can be implemented"

Weitere Informationen unter <http://www.focusweb.org/>

IMMANUEL WALLERSTEIN

NEUE REVOLTEN GEGEN DAS SYSTEM

New Left Review 18, November-Dezember 2002

Der lang andauernde Widerstand gegen die etablierte Ordnung:

Repräsentiert das Weltsozialforum nach hundertzwanzig Jahren sozialistischer und nationalistischer Revolten einen qualitativ neuen Zusammenschluss von Kräften und Strategien für den Wandel?

Ich habe den Begriff "**antisystemische Bewegung**" in den siebziger Jahren geprägt, um eine Formulierung zur Verfügung zu haben, die das zusammenführte, was historisch und analytisch zwei unterschiedliche und in vielerlei Hinsicht rivalisierende kollektive Bewegungen waren, diejenigen, die unter dem Namen "sozial" und jene, die als "national" bekannt waren. **Soziale** Bewegungen wurden vorrangig als sozialistische Parteien und Gewerkschaften gebildet. Sie strebten danach, den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie oder die Arbeitgeber im jeweiligen Land voran zu bringen. **Nationale** Bewegungen kämpften für die Schaffung eines Nationalstaates, entweder durch die Vereinigung getrennter politischer Einheiten, die als Teil einer Nation betrachtet wurden – wie zum Beispiel in Italien – oder durch Abspaltung der jeweiligen Nationen von Staaten, die als imperial und repressiv wahrgenommen wurden – zum Beispiel die Kolonien in Afrika und Asien. Beide Formen dieser Bewegungen entwickelten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mächtige bürokratische Strukturen und wurden mit der Zeit immer stärker. Beide tendierten dazu, ihren Zielen Vorrang vor allen anderen politischen Zielen zu geben, insbesondere vor den Zielen ihrer nationalen und sozialen Rivalen. Dies führte oft zu ihren gegenseitigen Beschuldigungen. Die beiden Formen kooperierten nur selten politisch und, wenn sie dies taten, betrachteten sie solche Kooperationen als vorübergehende taktische, aber nicht als grundsätzliche Allianzen. Trotzdem enthält die Geschichte dieser Bewegungen zwischen 1850 und 1970 eine Reihe gemeinsamer Merkmale.

Die meisten sozialistischen und nationalistischen Bewegungen bezeichneten sich selbst immer wieder als "**revolutionär**", das heißt, sie standen für tiefgreifende Veränderungen der sozialen Verhältnisse. Tatsächlich gab es in beiden Formen gewöhnlich einen gemäßigten Flügel, manchmal in einer separaten Organisation. Dieser trat für eine schrittweise Veränderung ein und vermied revolutionäre Rhetorik. Aber im allgemeinen betrachteten die Mächtigen jede dieser Bewegungen, auch die gemäßigteren Gruppierungen, anfangs – und oft für viele Jahrzehnte – als Bedrohung für die Stabilität oder sogar für das Überleben ihrer politischen Strukturen.

Zweitens waren beide Varianten in ihren Anfängen politisch verhältnismäßig schwach und mussten hart um ihr nacktes Überleben kämpfen. Sie wurden von ihren Regierungen **unterdrückt** oder verboten, ihre Anführer wurden verhaftet und ihre Mitglieder oft systematischer Gewalt durch staatliche oder private Kräfte ausgesetzt. Viele frühe Gruppierungen dieser Bewegungen wurden völlig zerstört.

Drittens durchliefen beide Formen dieser Bewegungen in den drei letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts zugleich eine lange Debatte über ihre **Strategie**, wobei diejenigen, deren Perspektiven "staatsorientiert" waren, gegen diejenigen auftraten, die den Staat als den eigentlichen Feind ansahen und stattdessen die individuelle Veränderung betonten. Für die sozialen Bewegungen fand diese Debatte zwischen Marxisten und Anarchisten statt, für die nationalen Bewegungen zwischen politischen und kulturellen Nationalisten.

Was historisch gesehen in diesen Debatten geschah – und das ist die vierte Ähnlichkeit – war, dass die Vertreter der "staatsorientierten" Positionen gewannen. Das entscheidende Argument in jedem Fall war, dass die unmittelbare Quelle realer Macht im Staatsapparat ausgemacht wurde und dass jeder Versuch, seine zentrale politische Bedeutung zu ignorieren, zum Scheitern verurteilt war, da der Staat erfolgreich jeden Vorstoß in Richtung Anarchie oder kulturellem Nationalismus unterdrücken würde. Im späten 19. Jahrhundert propagierten diese Gruppen eine so genannte **Zwei-Schritt-Strategie**: Zuerst Macht innerhalb der staatlichen Strukturen gewinnen, dann die Welt verändern. Das galt sowohl für die sozialen als auch für die nationalen Bewegungen.

Das fünfte gemeinsame Merkmal ist weniger offensichtlich, aber deswegen nicht weniger real. Sozialistische Bewegungen übernahmen oft nationalistische Rhetorik in ihren Argumenten, während der nationalistische Diskurs oft eine soziale Komponente hatte. Das Ergebnis war, dass die beiden Positionen mehr **verschwammen** als ihre Vertreter jemals zugegeben hätten. Es wurde häufig behauptet, dass die sozialistischen Bewegungen in Europa oft eine wirkungsvollere Kraft der nationalen Integration ausübten als die Konservativen oder gar der Staat selbst. Die kommunistischen Parteien hingegen, die in China, Vietnam oder Kuba an die Macht kamen, traten eindeutig als nationale Befreiungsbewegungen auf. Es gab dafür zwei Gründe. Erstens zwang der Mobilisierungsprozess beide Gruppen, immer größere Bevölkerungsteile auf ihre Seite zu ziehen, und eine offener Rhetorik war dabei hilfreich. Aber zweitens erkannten die Anführer beider Bewegungen oft unbewusst, dass sie einen gemeinsamen Feind im bestehenden System hatten, und deshalb mehr mit einander gemein hatten als ihre öffentlichen Aussagen zuließen.

Die Prozesse der Volksmobilisierung, die in beiden Bewegungen entwickelt wurden, waren im Grunde genommen sehr ähnlich. Beide Formen begannen in den meisten Ländern als kleine Gruppen, oft nur eine Handvoll Intellektueller gemeinsam mit einigen Militanten aus anderen

Schichten. Wenn sie Erfolg hatten, so deshalb, weil sie in der Lage waren, durch lange Bildungs- und Organisationskampagnen eine Volksbasis von Militanten, Sympathisanten und passiven Unterstützern in konzentrischen Kreisen zu bilden. Wenn der äußere Kreis von Unterstützern groß genug geworden war, dass die Militanten operieren konnten wie, nach Mao Tse-Tungs Wort, wie **Fische im Wasser**, wurden die Bewegungen ernsthafte Anwärter auf die politische Macht. Wir sollten selbstverständlich auch anmerken, dass Gruppen, die sich selbst "sozial-demokratisch" nannten, vor allem in jenen Staaten stark wurden, die im Zentrum der Weltwirtschaft lagen, während die anderen, die sich selbst als nationale Befreiungsbewegungen bezeichneten, im allgemeinen in den mehr oder weniger peripheren Regionen wirkten. Letzteres galt weitgehend auch für die kommunistischen Parteien. Der Grund scheint offensichtlich. Die Bewegungen in den abgelegenen Gebieten der Peripherie sahen, dass ihr Kampf um Gleichberechtigung von ihrer Fähigkeit abhing, den imperialen Mächten Kontrolle über die Staatsstrukturen abzurufen, unabhängig davon, ob diese Herrschaft direkt oder indirekt ausgeübt wurde. Die Bewegungen in den zentralen Gebieten lebten bereits in starken Staaten. Um in ihrem Kampf um Gleichberechtigung Fortschritte zu machen, mussten sie ihrer eigenen dominanten Schicht Macht abringen. Aber genau deshalb, weil diese Staaten stark und wohlhabend waren, war ein Aufstand keine Erfolg versprechende Taktik und diese Parteien entschieden sich für den Weg über die Wahlen.

Das **siebente** gemeinsame Merkmal ist, dass beide Bewegungen mit der Spannung kämpften, ob "**Revolution**" oder "**Reform**" die beste Methode zur Umwälzung sei. Endlose Debatten drehten sich in beiden Bewegungen um dieses Thema – aber am Ende stellte sich für beide heraus, dass sie auf einer Fehldeutung der Realität beruhten. In der Praxis waren die Revolutionäre nicht sehr revolutionär und die Reformisten nicht immer reformerisch. Sicherlich wurde der Unterschied zwischen den beiden Ansätzen während der politischen Entwicklung der beiden Bewegungen immer undeutlicher. Revolutionäre mussten viele Zugeständnisse machen, um zu überleben. Reformisten lernten, dass hypothetisch legale Wege zur Veränderung in der Praxis oft gänzlich blockiert waren und dass Gewaltanwendung, oder zumindest die Androhung, nötig waren, um diese Barrieren zu durchbrechen. So genannte revolutionäre Bewegungen kamen oft als Folge der im Krieg zerstörten bestehenden Autoritäten an die Macht und weniger durch ihre eigene Fähigkeit, einen Aufstand zu organisieren. Angeblich sagten die Bolschewiken 1917 in Russland: "Die Macht liegt auf der Strasse." Einmal etabliert, strebten die Bewegungen danach, an der Macht zu bleiben, unabhängig davon, wie sie dorthin gekommen waren. Oft bedeutete dies, die Militanz, und auch die Solidarität mit den Partnern in anderen Ländern zu opfern. Die Unterstützung dieser Bewegungen durch das Volk war anfangs gleich groß sowohl für die, die durch Kugeln als auch für die, die an der Wahlurne gewonnen hatten – ihre Machtübernahme nach einer langen Zeit des Kampfes wurde mit den gleichen Festen auf den Strassen gefeiert.

Schließlich hatten beide Bewegungen das Problem, die **Zwei-Schritt-Strategie** umzusetzen. Sobald "Schritt eins" vollbracht war und sie an der Macht waren, erwarteten ihre

Anhänger, dass sie die Versprechen des zweiten Schrittes hielten: die Welt zu verändern. Sie entdeckten, wenn sie es nicht schon vorher gewusst hatten, dass die Staatsmacht begrenzter war, als sie gedacht hatten. Jeder Staat war dadurch eingeschränkt, dass er Teil eines zwischenstaatlichen Systems war, in dem die Souveränität keines einzigen Staates absolut war. Je länger sie im Amt blieben, desto länger schienen sie die Einlösung ihrer Versprechen hinaus zu schieben. Aus den Kadern einer militanten Mobilisierungsbewegung wurden Funktionäre einer Partei an der Macht. Ihre gesellschaftlichen Positionen änderten sich und damit zwangsläufig auch ihre individuelle Psyche. Was in der Sowjetunion als die „Nomenklatura“ bekannt war, schien in der einen oder anderen Form in jedem Staat zu entstehen, in dem eine dieser Bewegungen die Kontrolle übernahm. Es entsteht eine privilegierte Kaste höherer Beamte, mit mehr Macht und mehr realem Wohlstand als der Rest der Bevölkerung. Zur gleichen Zeit wurden die gewöhnlichen Arbeiter eindringlich aufgefordert, noch härter zu arbeiten und noch größere Opfer im Namen der nationalen Entwicklung zu bringen. Die militante gewerkschaftliche Taktik, die das tägliche Brot der sozialen Bewegung gewesen war, wurde als "konterrevolutionär" gebrandmarkt, diskreditiert und üblicherweise unterdrückt, sobald sie an der Macht war.

Eine Analyse der Situation der Welt der **sechziger** Jahre zeigt, dass die beiden Bewegungen sich ähnlicher als je zuvor waren. In den meisten Ländern hatten sie Schritt eins der Zwei-Schritt-Strategie vollbracht, sie waren praktisch überall an der Macht. Kommunistische Parteien regierten in einem Drittel der Welt, von der Elbe bis zum Amur. Nationale Befreiungsbewegungen in Asien und in Afrika, Volksbewegungen in Lateinamerika und sozialdemokratische Bewegungen oder ihre Nachfolger im größten Teil der europäischen Umwelt waren, zumindest auf alternierender Basis an der Macht. Jedoch sie hatten die Welt nicht verändert, weder 1968 noch danach. Eine Kombination dieser Faktoren, lag der **Weltrevolution von 1968** als Hauptmerkmal zugrunde. Die Revolutionäre hatten verschiedene lokale Ansprüche, aber sie teilten fast überall zwei grundlegende Argumente. Zunächst widersetzten sie sich der **Hegemonie** der Vereinigten Staaten und der stillschweigenden Duldung dieser Hegemonie durch die Sowjetunion. Zweitens verurteilten sie die **Alte Linke** als "nicht als Teil der Lösung, sondern als Teil des Problems". Dieses zweite gemeinsame Merkmal entstand aus der massiven Desillusionierung der Unterstützer der traditionellen antisystemischen Bewegungen über die Art der tatsächlichen Machtausübung. Die Länder, in denen sie aktiv waren, erlebten eine Reihe von Reformen – üblicherweise gab es Verbesserungen im Bildungs- und Gesundheitswesen und Beschäftigungsgarantien. Aber es blieben beträchtliche Ungleichheiten. Die entfremdende Lohnarbeit war nicht verschwunden. Im Gegenteil, der Anteil der unselbständig Erwerbstätigen war gestiegen. Es gab wenig oder keine Ausweitung der demokratischen Teilhabe, weder auf Regierungsebene noch am Arbeitsplatz, oft war es sogar umgekehrt. Im internationalen Maßstab neigten diese Länder dazu, eine sehr ähnliche Rolle im Weltsystem zu spielen, wie sie diese auch zuvor gespielt hatten. So war Kuba vor der Revolution eine Zucker exportierende Wirtschaft gewesen und blieb das auch danach, zumindest bis zum Ende der Sowjetunion. Kurz und gut, **es hatte sich nicht genug**

geändert. Die Beschwerden mögen sich leicht geändert haben, aber sie waren so real und im Allgemeinen so zahlreich wie zuvor. Die Bevölkerung dieser Länder wurde von den Bewegungen an der Macht beschworen, Geduld zu üben, weil die Geschichte auf ihrer Seite stehe. Aber der Geduldsfaden war am reißen.

Die Völker der Welt beurteilten die Machtausübung der klassischen antisystemischen Bewegungen negativ. Sie glaubten nicht länger, dass diese Parteien eine glorreiche Zukunft oder eine gerechtere Welt bringen würden und sie verweigerten ihnen schließlich die Legitimation. Nachdem die Völker das Vertrauen in die Bewegungen verloren hatten, verloren sie auch ihren Glauben an den Staat als Mechanismus der Transformation. Das bedeutete nicht, dass große Teile der Bevölkerung in Wahlen ihre Stimmen nicht länger solchen Parteien gegeben hätten, aber es waren rein defensive Stimmen, des kleineren Übels wegen, keineswegs eine Bestätigung der Ideologie oder der Erwartungen.

Vom Maoismus nach Porto Alegre

Seit 1968 wurde langsam aber anhaltend nach einer besseren Form der antisystemischen Bewegung gesucht, eine die wirklich zu einer demokratischeren, gerechteren Welt führen sollte. Es gab **vier** verschiedene Versuche, dies zu erreichen, einige davon dauern noch an.

Der **erste** war die Blüte vielfältiger **Maoisten**. Seit den sechziger bis Mitte der siebziger Jahre entstand eine große Zahl von verschiedenen konkurrierenden Bewegungen, die meisten klein, aber einige beeindruckend groß. Sie erhoben den Anspruch, maoistisch zu sein, womit sie meinten, dass sie auf die eine oder andere Weise von der Kulturrevolution in China inspiriert waren. Im Prinzip argumentierten sie, dass die Alte Linke gescheitert war, weil sie nicht die reine Lehre der Revolution gepredigt hatte, die sie jetzt vortrugen. Aber diese Bewegungen verliefen sich aus zwei Gründen im Sande. Erstens stritten sie untereinander erbittert darüber, was die reine Lehre war, und wurden deshalb schnell winzige, isolierte Sektierergruppen; oder wenn sie groß waren wie in Indien, entwickelten sie sich zu neueren Versionen der Bewegung der Alten Linken. Der zweite und wesentlichere Grund war, dass mit dem Tod Mao Tse Tungs der Maoismus in China verschwand und damit die Quelle ihrer Inspiration. Heutzutage existieren keine solchen Bewegungen von Bedeutung.

Eine **zweite**, dauerhaftere Form, die Anspruch auf den antisystemischen Status erhob, waren die **Neuen Sozialen Bewegungen** – die Grünen und andere Umweltbewegungen, die Feministinnen, die Kampagnen rassischer und ethnischer "Minderheiten", wie die Schwarzen in den Vereinigten Staaten oder die Kinder der Migranten in Frankreich. Diese Bewegungen beriefen sich auf eine lange Geschichte, tatsächlich aber wurden sie erstmals in den siebziger Jahren bekannt oder sie erstanden in dieser Zeit in erneuerter oder militanterer Form. Sie waren im europäischen Umfeld stärker als anderswo auf der Welt. Ihre gemeinsamen Merkmale waren zum einen die ausdrückliche Ablehnung der Zwei-Schritt-Strategie der Alten Linken, deren interner Hierarchien und deren Prioritäten – die Vorstellung, dass die Bedürfnisse von Frauen, "Minderheiten" und der Umwelt sekundär waren und erst "nach der Revolution" angegangen werden sollten. Und zum anderen waren ihnen der Staat und

staatsorientierte Aktionen sehr suspekt. In den achtziger Jahren waren alle diese neuen Bewegungen intern gespalten zwischen Fundis und Realos wie es die deutschen Grünen nannten. Es stellte sich heraus, dass die Debatte "Revolution oder Reform" – vom Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts wieder auflebte. Das Ergebnis war, dass die Fundis in jedem Fall verloren und mehr oder weniger verschwanden. Die siegreichen Realos erschienen immer mehr als eine Art sozialdemokratische Partei, nicht allzu verschieden von der klassischen Sozialdemokratie, wenn auch mit mehr Rhetorik über Ökologie, Sexismus, Rassismus und verwandte Themen. Heutzutage haben diese Bewegungen in manchen Ländern noch Bedeutung, aber sie scheinen kaum antisystemischer als die Altlinken – besonders seit die Alte Linke die Lehre aus 1968 gezogen hatte und Themen wie Ökologie, Geschlechterrollen, sexuelle Orientierung und Rassismus in ihre Programme aufnehmen musste.

Die **dritte** Form, die Anspruch darauf erhebt, antisystemisch zu sein, sind die **Menschenrechtsorganisationen**. Selbstverständlich gab es manche, wie z.B. amnesty international, schon vor 1968, aber die meisten wurden erst in den 80er Jahren eine größere politische Kraft. Unterstützung kam von Präsident Carter der die Menschenrechts

terminologie in seine Mittelamerikapolitik aufnahm, und der die Schlussakte von Helsinki 1975 mit den kommunistischen Staaten in Ost- und Mitteleuropa unterzeichnete. Beides gab den zahlreichen Organisationen, die jetzt die Bürgerrechte zum Thema machten, die Legitimation des Establishments. In den 90er Jahren führte das Medieninteresse an ethnischen Säuberungen besonders in Ruanda und auf dem Balkan zu einer heftigen öffentlichen Diskussion über diese Themen.

Die Menschenrechtsorganisationen erhoben den Anspruch, im Namen der "Zivilgesellschaft" zu sprechen. Der Begriff selbst weist auf die Strategie hin: Zivilgesellschaft ist per definitionem nicht der Staat. Das Konzept bezieht sich auf eine Unterscheidung aus dem 19. Jahrhundert zwischen dem pays légal und dem pays réel – zwischen denjenigen an der Macht und jenen, welche die öffentliche Meinung repräsentieren – und wirft die Frage auf: wie kann die Zivilgesellschaft die Kluft zwischen sich und dem Staat schließen? Wie kann sie den Staat kontrollieren oder den Staat dazu bewegen, ihre Werte anzunehmen? Die Unterscheidung scheint darauf zu beruhen, dass der Staat derzeit von einer kleinen privilegierten Gruppe kontrolliert wird, während die "Zivilgesellschaft" aus der aufgeklärten Gesamtbevölkerung besteht.

Diese Organisationen bewirkten, dass sie einige Staaten – vielleicht sogar alle – dazu bewegten, ihre Politik in Bezug auf die Menschenrechte zu verändern. Aber im Laufe des Prozesses wurden sie mehr zu Anhängseln des Staates als zu dessen Gegnern und schienen im Großen und Ganzen wenig antisystemisch zu sein. Sie wurden NGOs, zumeist im Zentrum angesiedelt, und doch versuchten sie, ihre Politik in der Peripherie durchzusetzen, wo sie oft eher als Agenten ihrer Heimatländer angesehen wurden als deren Kritiker. Auf jeden Fall haben diese Organisationen selten die Unterstützung der Massen mobilisiert und verließen sich vielmehr auf ihre Fähigkeit, Nutzen aus der Macht und der Stellung ihrer militanten Elite im Zentrum zu ziehen.

Die **vierte** und jüngste Variante sind die so genannten **Antiglobalisierungsbewegungen** – eine Bezeichnung, die

weniger von den Bewegungen selbst benützt wird als vielmehr von ihren Gegnern. Vor der WTO-Konferenz in Seattle im Jahr 1999 wurde dieser Begriff in den Medien kaum benützt. Die "Globalisierung" als Schlagwort der neoliberalen Vertreter des Freihandels für Waren und Kapital, war während der 90er Jahre eine starke Kraft geworden. Das Interesse der Massenmedien galt dem Weltwirtschaftsforum in Davos, dessen institutionelle Verankerung durch das Washingtoner Abkommen geschaffen wurde, das stärkte die Politik des IWF und der WTO. Seattle sollte ein Schlüsselmoment für die erweiterte Rolle der WTO sein. Die massiven Proteste, welche die Durchführung behinderten, überraschten viele. Unter den Demonstranten waren sehr viele Nordamerikaner von den Altlinken, den Gewerkschaften, den neuen Bewegungen und anarchistischen Gruppen. Dass der AFL-CIO (American Federation of Labor - Congress of Industrial Organizations, der größte Gewerkschaftsbund der USA; Anm. d. Übers.) bereit war, bei einer so militanten Aktion an der Seite von Umweltgruppen zu stehen, das war in der Tat etwas Neues, insbesondere für die USA. Die fortdauernden weltweiten Demonstrationen nach Seattle gegen die zwischenstaatlichen Regierungstreffen mit ihrer neoliberalen Agenda, führten hingegen zur Organisation des Weltsozialforums, dessen erstes Treffen in Porto Alegre stattfand. Das zweite im Jahr 2002 zog über 50.000 Delegierte aus über 1000 Organisationen an. Seitdem fanden eine Reihe regionaler Treffen statt, die das WSF 2003 vorbereiten.

Die Charakteristika dieser neuen Bewegung, die den **Anspruch** erhebt, **antisystemisch** zu sein, unterscheiden sich stark von denen früherer Versuche. Zunächst versucht das WSF, all die vorhergehenden Formen zusammenzubringen – die Altlinken, die neuen Bewegungen, Menschenrechtsgruppen und andere, die nicht so einfach in diese Kategorien einzuordnen sind – und umfasst Gruppen, die streng lokal, regional, national oder transnational organisiert sind. Die Basis für die Teilnahme ist ein **gemeinsames Ziel – der Kampf gegen die sozialen Übel in der Folge des Neoliberalismus** – und der gemeinsame Respekt für die jeweils vorhandenen Prioritäten. Wichtig ist, dass das WSF versucht, die Bewegungen aus dem Norden und dem Süden auf einer gemeinsamen Ebene zusammenzubringen. Der einzige Slogan bis jetzt lautet "Eine andere Welt ist möglich". Noch überraschender ist, dass das WSF versucht, all das zu tun, ohne eine umfassende Organisationsstruktur zu schaffen. Zur Zeit gibt es nur ein internationales Koordinationskomitee aus rund 50 Personen, welche die unterschiedlichen Bewegungen und Weltgegenden repräsentieren. Obwohl von den Altlinken ein Grummeln zu vernehmen war, das WSF sei nur eine reformistische Fassade, gab es bis jetzt vergleichsweise nur wenige Beschwerden. Die Grummeler stellen nur Fragen, sie klagen noch nicht an. Es ist natürlich weithin anerkannt, dass das Ausmaß dieses Erfolgs auf der negativen Ablehnung des Neoliberalismus als Ideologie und als institutionelle Praxis beruht. Von vielen wurde gefordert, dass das WSF ein klareres, positiveres Programm propagieren müsse. Ob es das leisten kann und weiterhin die Einheit aufrechterhalten kann, ob es ohne eine umfassende (unvermeidlicherweise hierarchische) Struktur auskommen kann, ist die große Frage des nächsten Jahrzehnts.

Eine Zeit des Übergangs

Wenn, wie ich an anderer Stelle argumentiert habe, das moderne **Weltsystem** in einer **strukturellen Krise** steckt und wenn wir uns in einer "Zeit des Übergangs" befinden – einer Zeit der Entscheidungen und des Chaos – dann ist es offensichtlich, dass die Themen, mit denen die antisystemischen Bewegungen konfrontiert sind, sich ganz anders stellen als im 19. und auch im 20. Jahrhundert.

Sowohl die staatsorientierte als auch die Zwei-Schritt-Strategie sind irrelevant geworden. Das erklärt das Unbehagen der meisten Nachkommen der vormaligen antisystemischen Organisationen, keine langfristigen oder unmittelbaren politischen Ziele propagieren zu können. Die wenigen, die es versuchen, sehen sich mit der Skepsis ihrer erhofften Anhänger konfrontiert, oder schlimmer noch, mit Gleichgültigkeit.

Eine solche Zeit des Übergangs hat zwei Charakteristika, welche die eigentliche Idee einer antisystemischen Strategie dominieren. Als erstes werden diejenigen an der Macht nicht länger versuchen, das bestehende System aufrechtzuerhalten (da es zur Selbstzerstörung verdammt ist.) Sie werden vielmehr versuchen einen Übergang zum Aufbau eines neuen Systems sicherzustellen, das die schlimmsten Merkmale des bestehenden wiederholen wird – seine Hierarchien, Privilegien und Ungleichheiten. Auch wenn sie jetzt noch keine Sprache benützen, die das Ende der bestehenden Strukturen ankündigt, implementieren sie eine Strategie auf der Grundlage solcher Annahmen. Natürlich ist ihr Lager nicht einheitlich. Das zeigt sich an dem Konflikt zwischen den so genannten gemäßigten rechten "Traditionalisten" und den ultrarechten, militaristischen Falken. Aber sie arbeiten hart daran, Rückhalt für **Veränderungen zu schaffen, die keine Veränderungen sein werden**, ein neues System so schlecht wie – oder schlechter als – das gegenwärtige.

Das zweite grundlegende Merkmal ist, dass eine Zeit des systemischen Übergangs von tiefer **Unsicherheit** geprägt ist und es ist unmöglich, zu wissen, was das Ergebnis sein wird. Die Geschichte steht auf niemandes Seite. Jeder von uns kann die Zukunft beeinflussen, aber wir wissen nicht, und können nicht wissen, in welcher Weise auch andere Einfluss nehmen. Der dem WSF zugrunde liegende Rahmen reflektiert dieses Dilemma und unterstreicht es.

Strategische Überlegungen

Eine Strategie für die Zeit des Übergangs sollte deswegen vier Elemente umfassen – allesamt leichter gesagt als getan. Das erste ist ein Prozess konstanter, **offener Debatte** über den Übergang und die Ergebnisse, die wir erhoffen. Das war noch nie einfach, und den historischen antisystemischen Bewegungen gelang es meist sehr schlecht. Aber die Atmosphäre ist heute günstiger denn je und die Aufgabe bleibt dringlich und unabdingbar – wobei die Rolle der Intellektuellen an dieser Stelle wichtig ist. Die Struktur des WSF selbst ist Ursache dieser Debatte, wir sollten darauf achten, ihren offenen Charakter zu erhalten.

Das zweite Element sollte sich von selbst verstehen: eine antisystemische Bewegung darf **kurzfristige** defensive Aktionen nicht vernachlässigen, auch nicht Wahlkämpfe. Die Bevölkerung dieser Welt lebt in der Gegenwart und ihre Bedürfnisse dürfen nicht ignoriert werden. Eine Bewegung,

die sie vernachlässigt wird ihre breite passive Unterstützung verlieren, die für ihren langfristigen Erfolg wesentlich ist. Aber Motiv und Rechtfertigung für die defensiven Aktionen dürfen nicht sein, Abhilfe zu schaffen für ein zum Scheitern verurteiltes System, sondern vielmehr zu **verhindern**, dass seine negativen Auswirkungen kurzfristig **schlimmer** werden. Das ist psychologisch und politisch ein beträchtlicher Unterschied.

Das dritte Element muss sein, **mittelfristige**, vorübergehende Ziele zu setzen, welche die richtige Richtung andeuten. Ich würde sagen, dass eines der sinnvollsten Ziele – substantiell, politisch und psychologisch gesehen – der Versuch ist, selektiv, aber in zunehmendem Maße **Güter der Warenlogik zu entziehen**. Wir unterliegen heute einem Hagel neoliberaler Versuche, Dinge zur Ware zu erklären, die früher selten oder nie als für den privaten Handel geeignet betrachtet worden waren – der menschliche Körper, das Wasser, die Krankenhäuser. Wir müssen uns dem nicht nur widersetzen, sondern uns in die entgegengesetzte Richtung bewegen. Industrien, besonders zum Scheitern verurteilte Industrien, sollten der Warenlogik entzogen werden. Das bedeutet nicht, dass sie "verstaatlicht" werden sollten – was zumeist einfach eine andere Art der Warenlogik ist. Es bedeutet, dass wir Strukturen schaffen sollten, die auf dem Markt agieren, deren Ziel Leistung und Fortbestehen sind und nicht der Profit. Wie wir aus der Geschichte von

Universitäten und Krankenhäusern wissen, kann das erreicht werden, – nicht von allen, aber von den besten. Warum sollte eine solche Logik für Stahlwerke, die von der Standortverlagerung bedroht sind, unmöglich sein?

Schließlich müssen wir unseren langfristigen Schwerpunkten eine tiefere Bedeutung verleihen. Darunter verstehe ich eine Welt, die **relativ demokratisch und relativ gerecht** ist. Ich sage "relativ", weil nur das realistisch ist. Es wird immer Ungleichheiten geben – aber es gibt keinen Grund, warum sie massiv, verkrustet oder vererblich sein sollten. Ist es das, was früher Sozialismus oder gar Kommunismus genannt wurde? Vielleicht, vielleicht nicht. Das bringt uns zum Thema der Debatte zurück. Wir müssen aufhören zu vermuten, wie die bessere (nicht die perfekte) Gesellschaft sein wird. Wir müssen darüber diskutieren, sie skizzieren, mit alternativen Strukturen zu ihrer Verwirklichung experimentieren. Wir müssen das tun zeitgleich mit den ersten drei Teilen unseres Programms für eine chaotische Welt in einem systematischen Übergang. Und wenn dieses Programm unzulänglich ist, und das ist es wahrscheinlich, dann muss genau diese Unzulänglichkeit Teil der Debatte sein, die Punkt Eins des Programms ist.

Übersetzung: Sabine Friedel
Revision: Herbert Kaser

Nicola Bullard

Deglobalisierung und Strategien für den Aufbau der Bewegung

*Ich bin nicht der angekündigte Walden Bello, aber ich möchte euch gerne etwas von den **Konzepten** berichten, an denen wir bei **Focus on the Global South** arbeiten und die wir mit der Arbeit von Sozialbewegungen und Gewerkschaften in Asien vernetzen möchten. Unsere Alternative zur Globalisierung haben wir Deglobalisierung genannt: eine Art Gegenpol zur Globalisierung. Das ist keine Rückkehr zu Nationalismus oder Autarkie und kein "Abkoppeln" von der globalen Wirtschaft, sondern eher ein Versuch, die Elemente unserer Gesellschaften zurückzufordern, wieder aufzubauen und zu schützen, die durch die Globalisierer bedroht sind. Diesen Ansatz charakterisieren wir als Doppelstrategie: auf der einen Seite die Abbau der Globalisierer und deren Institutionen und auf der anderen Seite den Wiederaufbau und den Schutz der Gemeinschaften und der Teile unserer Gesellschaft, die den Angriffen ausgesetzt sind.*

Das bedeutet den Abbau der Macht des IWF, der Weltbank, der G7 und der WTO und schließlich die Auflösung der Institutionen um sie herum völlig loszuwerden. Das zieht die Auflösung der Marktmacht nach sich, durch Regulierung, durch alternative Handelssysteme, durch Solidaritätswirtschaft u.s.w. Ein anderes Thema das in den letzten Monaten wichtig geworden ist, ist die Auflösung der Militärmacht durch Entwaffnung, Entmilitarisierung und eine Reduktion der Verteidigungsausgaben.

Zugleich müssen wir ein positives Projekt des Wiederaufbaus und der Wiederherstellung in Angriff nehmen, der Wiederherstellung lokaler Märkte, Gemeinschaften, Kulturen, von Ökologie, Politik und Demokratie. Das bedeutet auch, Frieden wieder herzustellen durch friedensbildende Maßnahmen, denn Frieden ist nicht nur die Abwesenheit von Krieg, sondern das Ergebnis

ökonomischer, sozialer und politischer Strukturen, die es den Menschen ermöglichen, wirklich in Frieden zu leben.

Indem wir diese Doppelstrategie von Ab- und Wiederaufbau anwenden, versuchen wir zu begreifen, wie dies auch für die Post-Invasions-Welt gelten könnte.

Im Moment ist das wichtigste das wir tun können, die Legitimation der G7 zu attackieren, und das geschieht mit unglaublicher Energie und ohne Zweideutigkeit auf diesem Volksgipfel. Es zeigt sich, dass in den letzten drei, vier Jahren eine gewaltige Wende und Radikalisierung stattgefunden hat. Wenn wir uns an den G7 Gipfel in Köln zurückerinnern, dort forderten Zehntausende, dass die reichen Länder etwas gegen die Verschuldung tun sollten. Heute haben wir keine Illusionen und die Botschaft in Genua ist laut und deutlich: diese Leute haben keine Legitimation, sie repräsentieren uns

nicht und wir akzeptieren nicht, dass sie berechtigt sind haben, für den Rest der Welt zu sprechen.

Es ist jetzt nicht die Zeit, Zugeständnisse zu machen. Wir müssen weitermachen, angreifen und delegitimieren und unsere Kräfte aufbauen. Es ist nicht die Zeit für Reformismus. Es ist nicht die Zeit für Kompromisse.

DER ZUSTAND DER GLOBALISIERUNG

Der Einmarsch in den Irak hat viele Widersprüche aufgezeigt, Bündnisse verschoben und neue Kräfte freigesetzt. Dadurch entstehen für uns neue Möglichkeiten.

Zunächst, die Friedensbewegung und die Anti-Kriegs-Bewegung hatten einen großen Einfluss auf die Legitimität dieses Krieges. Durch unsere gewaltigen Demonstrationen und beständige Argumentation hat der Grossteil der Bevölkerung diese Invasion abgelehnt, viele sprechen sogar den UN die Legitimation in diesem Prozess ab. Der Krieg selbst konnte zu keinem Zeitpunkt irgendeine Form der Legitimierung erlangen, auch wenn sich G7 und UN noch so sehr bemüht haben, ihre Autorität auf diesem Gebiet wieder zu erlangen.

Gleichzeitig hat die Außenpolitik der Bush-Regierung gezeigt, dass zwischen Globalisierung und Militarisierung eine klare Verbindung besteht, und auch, dass das Projekt der Globalisierung selbst bedroht ist. Diese Schwäche ist eine Kombination von zwei Faktoren. Dass die Globalisierung nur mithilfe von militärischer Gewalt vorangebracht und umgesetzt werden kann, bedeutet einerseits, dass das Projekt selbst schwach ist und die Zustimmung dazu ebenfalls. Wenn "Frieden und Demokratie" oder "Liberalisierung und Öffnung der Märkte" nur mittels roher Gewalt durchgesetzt werden können, dann ist klar, dass dieses Vorhaben nicht die volle Unterstützung der Gesellschaft hat.

Wir sehen zugleich, dass die Weltwirtschaft sich in einem äußerst verletzlichen Zustand befindet, dass sich das Nirvana, das uns von der Globalisierung versprochen wurde, nicht eingestellt hat. Die Arbeitslosigkeit steigt überall an, Überproduktion und sinkende Gewinne quälen viele Bereiche der globalen Ökonomie, Wachstum ist ein hochriskantes Wunder, wir stehen dem Debakel von Inflation oder Deflation gegenüber, je nachdem welchem Analysten man Glauben schenken möchte. Viele sagen eine globale Rezession voraus. Die wirtschaftlichen Aussichten für Europa und die Vereinigten Staaten sind düster und, per Definition, auch für den Rest der Welt, schließlich befinden wir uns in einer globalisierten Welt und wenn diese beiden Wachstumsmotoren uns nicht vor sich her treiben, werden alle am Wegesrand liegen bleiben.

Die gegenwärtige Situation ist so, dass wir eine schwache wirtschaftliche Situation vorfinden und eine schwache Unterstützung für die Globalisierung, die nur mit militärischen Mitteln vorangetrieben werden kann, und obwohl das System sehr stark erscheinen mag, glaube ich, dass es ganz reale Brüche gibt, was die Zustimmung angeht. Wir müssen uns jedoch über die Grenzen dieses Dissens der Eliten im Klaren sein. Chirac und Schröder mögen für einen kurzen taktischen Moment unsere Freunde gewesen sein, auf lange Sicht sind sie aber sicherlich nicht unsere Verbündeten

und es wäre dumm, anzunehmen, dass Chirac oder Schröder unsere Interessen auch dann vertreten werden, wenn sie nicht perfekt mit ihren eigenen politischen Ambitionen in Einklang stehen.

INTERNATIONALISMUS VON DER BASIS AUS

Wir stehen auch einer Anzahl von Risiken gegenüber. Obwohl der Anstieg der militanten Opposition gegen die angekündigten Rentenreformen in Europa ein Zeichen der Gesundheit und Vitalität der Gewerkschaftsbewegung und der Linken insgesamt ist, dürfen wir diese wichtigen nationalen Anstrengungen nicht den Nationalisten überlassen. Wenn wir uns die Anti-Kriegs-Bewegung und die Anti-Globalisierungs-Bewegung anschauen, sind ihre Stärken Internationalismus, Vielfalt, Pluralismus und unsere Fähigkeit eine ganze Reihe von Realitäten und Phänomenen zu analysieren und zu systematisieren, in der Weise, die es allen sozialen Bewegungen und Kräften erlaubt, aktiv an der Bewegung teilzunehmen. Wir sollten unseren Internationalismus nicht aus den Augen verlieren, aber wir müssen auch die schwierige Balance jonglieren, uns in den absolut notwendigen nationalen Kampagnen für den Lebensunterhalt zu engagieren, und uns gleichzeitig eine starke internationale Perspektive zu bewahren.

Wir müssen dabei sehr systematisch in der Art und Weise vorgehen wie wir die Kritik an Militarismus und Militarisierung mit unserer Globalisierungskritik verbinden. Das mag selbstverständlich erscheinen, aber es gibt immer noch eine Menge zu tun. Wir haben tiefe Einsichten in die Rolle des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der WTO in der Erhaltung von Machtbeziehungen und wir alle können ohne Schwierigkeiten viele Beispiele ihrer misslungenen Politiken aufzählen. Wir müssen dieselbe Art von Kritik und Analyse auf die Verbindung von Militarisierung und wirtschaftlichen Interessen der mächtigen Akteure entwickeln, damit dies ein weiteres Werkzeug in unserer Kampagne und ein weiterer starker Punkt in unserer Kritik der neoliberalen Globalisierung wird.

Schließlich, wenn wir auf die Energie aufbauen wollen, die am 15. Februar diesen Jahres deutlich wurde, dann müssen wir zusammenarbeiten um eine große Bewegung aufzubauen, die eine Kombination aller dieser Kräfte darstellt: Anti-Kriegs-, Friedens-, Anti-Globalisierungsbewegung und Bewegungen für soziale Gerechtigkeit. Das wird nicht ganz einfach sein, weil sich die Meinungen und Ansichten vielfach unterscheiden und diese werden diskutiert werden müssen, bis wir eine gemeinsame Basis finden, auf der wir zusammenarbeiten können. Bei verschiedenen Kampagnen ist uns das gelungen, gegen die WTO, gegen die G8, für die Demonstration am 15. Februar und so weiter, aber wir müssen weiter daran arbeiten, einen internationalen Konsens und einige gemeinsame Kampagnen aufzubauen, damit wir gemeinsam und individuell weiterarbeiten können, in all unseren Ländern.

WERKZEUGE FÜR DEN AUFBAU DER BEWEGUNG

Abschliessend - letzte Woche war Focus on the Global South zusammen mit vielen anderen aus Asien Gastgeber einer internationalen Friedenskonferenz in **Jakarta**. Dort kamen etwa 100 Aktivisten für Frieden und soziale Gerechtigkeit aus der ganzen Welt zusammen, um politische und

strategische darüber zu diskutieren, wie wir fortschreiten können zur "Post-Invasion", ohne den in den letzten Monaten aufgebauten Impetus zu verlieren. Viele Treffen dieser Art haben seit der Invasion stattgefunden und es gab eine Menge Diskussionen und Analysen über unseren Standpunkt und unsere weiteren Ziele. Was dieses Treffen jedoch auszeichnete, war, dass es wirklich international war. Da waren Leute aus Südafrika, aus vielen asiatischen Ländern, Nordamerika, Lateinamerika, Europa, und diese Teilnehmer standen für echte und substantielle Netzwerke und Koalitionen. Die Menschen bei diesem Treffen repräsentierten eine echte politische und aktive Kapazität.

Wir haben eine Reihe von Erklärungen erarbeitet, die wir „Jakarta Peace Consensus“ genannt haben. Wir hoffen, dass dies, in Foren wie diesem und bei anderen Treffen, die hier und in Cancun während der WTO Demonstrationen stattfinden werden, als Werkzeug genutzt werden kann, um eine gemeinsame Plattform und gemeinsame Kampagnen aufzubauen, die uns helfen werden, die Bewegung zusammen zu bringen und uns weiterzuentwickeln.

Die Ideen die bei dem Treffen in Jakarta entstanden sind, sind keine Lichtblitze aus dem Himmel, und in der Tat erscheint manches ziemlich selbstverständlich, aber sie enthalten Ideen wie Regeneration und den Beginn einer neuen Abrüstungskampagne, die Schließung amerikanische Militärbasen, die Ablehnung von gemeinsamen Militärmanövern unserer Regierungen mit den US usw. Es gibt auch eine Reihe von spezifischen Vorschlägen, wie wir

unser Irakengagement fortsetzen könnten und wie wir Solidarität mit den demokratischen Kräften im Irak aufbauen könnten, die versuchen, der Dominanz der US-Besatzungsmacht zu widerstehen. Dazu gehört, ein Zentrum zur Beobachtung der Besatzung einzurichten, wo Forscher und Journalisten weiter die Aktivitäten der amerikanischen und britischen Militärs und der Konzerne überwachen können, so dass wir den Irak nicht einfach im Stich lassen, sondern genau beobachten und verfolgen, was nach der Invasion geschieht. Was jetzt im Irak geschieht, könnte die Zukunft vieler anderer Länder sein und es ist äußerst wichtig für uns, dass die irakische Bevölkerung nicht vergessen wird und dass wir den Irak nicht aus den Schlagzeilen verschwinden lassen dürfen.

Die Energie und Radikalität, hier in diesem Raum heute Abend, bestärkt meinen Optimismus, dass wir weitermachen werden und dass die Bewegung von Jahr zu Jahr größer und stärker werden wird.

Viva.

Nieder mit den G7!

Nicola Bullard, Focus on the Global South, Thailand

Vortrag, gehalten in Genf am 30. Mai 2003

Übersetzung: Katharina E. Schell, Bernt LAMPE
ehrenamtliche Übersetzerin coorditrad@attac.org.,

Mohssen Massarrat

Agenda 2010: 30-Stunden-Woche für Europa

Die Alternative zu neoliberalen Rückwärtsstrategien

Inhalt

- *Massenerwerbslosigkeit, Krise des Keynesianismus*
- *Massenerwerbslosigkeit und kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus*
- *Durchbrechung neoliberaler Hegemonie*

Massenerwerbslosigkeit, Krise des Keynesianismus

Im Folgenden geht es um die Begründung einer Alternative, die bei Gewerkschaften und linken Parteien in Vergessenheit geraten zu sein scheint, nämlich um die Dringlichkeit von Arbeitszeitverkürzung und vielleicht auch darum, manche Tabus - wie ich hoffe - produktiv zu durchbrechen. Viele Details müssen dabei offen bleiben. Auf eine Begründung bekannter Sachverhalte wurde verzichtet.

Die Massenerwerbslosigkeit ist ein weltweites Phänomen. In den Industrieländern bewegt sich die Arbeitslosenrate in der Spannweite von 3% (Luxemburg) bis 12% (Spanien). In den östlichen und südlichen Transformations- und

Entwicklungsländern um 20% und deutlich darüber. Die Ursachen sind dabei nicht die selben: In den hoch entwickelten kapitalistischen OECD-Staaten gehören hohe Wachstumsraten der Vergangenheit an, sie bewegen sich seit Anfang der siebziger Jahre tendenziell unterhalb der Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität. Das hohe Rationalisierungstempo als Folge des flächendeckenden Einsatzes von High-Tech und Kommunikationstechnologien kann durch die Mobilisierung von neuen Wachstumskapazitäten trotz erheblicher Anstrengungen nicht mehr aufgefangen werden. Hier wird immer mehr gesellschaftlicher Reichtum mit immer weniger lebendiger Arbeit produziert. Ganze Bevölkerungsschichten verlieren ihre Arbeit und werden auf Dauer vom Arbeitsprozess und vom Wirtschaftskreislauf abgekoppelt. In den Transformations- und Entwicklungsgesellschaften werden zwar sehr hohe Wachstumsraten erzielt und die Wachstumsressourcen werden für lange Zeit auch beträchtlich bleiben. Trotz hoher Wachstumsraten und Wachstumspotentiale herrscht auch hier

Massenerwerbslosigkeit, weil die Aufnahmekapazität der Arbeitsmärkte dieser Gesellschaften nicht groß genug ist, um jenes beträchtliche neue Arbeitskräftepotential aus den noch nicht durchkapitalisierten Bereichen zu absorbieren.

Der Keynesianismus lieferte über mehrere Jahrzehnte in den OECD-Staaten wirkungsvolle Konzepte zur Eindämmung der Massenerwerbslosigkeit. Als Strategie zur Mobilisierung von Wachstumsressourcen war er während der Nachkriegsära in den Industriestaaten des Nordens mit ihren als unerschöpflich erscheinenden Wachstumskapazitäten in der Tat unschlagbar. Wo aber Wachstumsressourcen zur Neige gehen, das Rationalisierungstempo rasant ansteigt und extensive durch intensive Wachstumsstrategien abgelöst werden, verlieren keynesianische Instrumente auch hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen ihre Durchschlagskraft.¹ Dies ist m.E. der Hauptgrund für die Krise des Keynesianismus seit dem Beginn der achtziger Jahre und für die tiefgreifende Unsicherheit der Keynesianer aller Schattierungen gegenüber den neoliberalen Postulaten von Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung. Bis heute befindet sich die keynesianische Beschäftigungspolitik in einer Defensive, aus der sie auch absehbar nicht heraus kommen dürfte.

Der Neoliberalismus verdankt seinen Siegeszug einerseits dem wirtschaftspolitischen Vakuum, das der Keynesianismus hinterließ und andererseits der anhaltend wachsenden globalen Massenerwerbslosigkeit. Neoliberale Heilsversprechungen zur Modernisierung der Industrie- und Entwicklungsgesellschaften haben sich nach über zwei Jahrzehnten neoliberaler Dominanz als pure Ideologie erwiesen. Herausgekommen ist dagegen, dass überall in der Welt Reiche reicher und Arme ärmer wurden. Der Neoliberalismus ist in der Tat eine Strategie der Reichtumsumverteilung und das bisher wirksamste Instrument, eine schmale Schicht der Superreichen auf dem Rücken von Milliarden Menschen noch reicher zu machen. Er ist eine Strategie des Nullsummenspiels, führt an einem Ort zu mehr Beschäftigung, weil an einem anderen Ort gleichzeitig Menschen ihre Arbeit verlieren, und er stimuliert Wachstum nur durch Verbilligung der Arbeit und der Natur, durch Überausbeutung menschlicher Arbeitskraft und natürlicher Lebensgrundlagen. Echte Modernisierungen - wo sie durch den Zerfall verkrusteter staatlicher wie nicht-staatlicher Strukturen tatsächlich stattfinden - sind allenfalls Nebeneffekte des Neoliberalismus, jedoch nicht dessen Hauptzweck.

Massenerwerbslosigkeit und kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus

Keynesianismus und Neoliberalismus haben beide keine wirksamen Konzepte, wie die Szenarien der Erwerbslosigkeit

für den Zeitraum 1997-2010 belegen. Demnach wird z.B. in Deutschland selbst bei sehr optimistischen Wachstumsraten von jährlich 2,6 - 2,8% bis 2010 die Massenerwerbslosigkeit nicht abnehmen,² weil für diesen Zeitraum Wachstumsraten der Arbeitsproduktivität zwischen 2,4 - 2,6% prognostiziert werden. Nur durch deutlich höhere Wachstumsraten kann jedoch mit einem Abbau der Erwerbslosigkeit gerechnet werden. Inzwischen wurden die prognostizierten Wachstumsraten durch die realen Wachstumsraten, die zwischen 1997-2003 deutlich unter 2% lagen, drastisch unterschritten. Höhere Wachstumsraten waren und sind also unrealistisch. Sie sind - selbst wenn sie erreichbar wären - auch aus ökologischen Gründen nicht wünschenswert. Ungeachtet der Problematik der ökologischen Wachstumsgrenzen können angesichts der weiterhin zu erwartenden Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der wachsenden Erwerbslosigkeit auch Maßnahmen wie Förderung kommunaler Investitionstätigkeit, Impulse für den Binnenmarkt durch Steuersenkung, Förderung des Mittelstandes, Investitionsprogramme für die Modernisierung der Infrastruktur und der Umwelt, wie sie aus dem Kreis linker Sozialdemokraten und der Gewerkschaften als Alternative zur Agenda 2010 erhoben werden und so wichtig sie im Einzelnen auch sein mögen, bestenfalls die weitere Zunahme der Erwerbslosigkeit bremsen.

Der Keynesianismus zielt auf Vollbeschäftigung, scheitert aber an Grenzen, die durch eine Wechselwirkung steigender Arbeitsproduktivität und sinkender Wachstumsressourcen hervorgerufen werden. Der Neoliberalismus braucht dagegen die Massenerwerbslosigkeit. Denn nur unter den Bedingungen dauerhafter Erwerbslosigkeit und der Schwächung der Kampfkraft der Gewerkschaften herrschen die politischen Rahmenbedingungen, die er braucht, um seine Strategie des Abbaus hart erkämpfter sozialer Errungenschaften durchzusetzen, Unternehmen und Staaten von ihrer sozialen Verantwortung zu entlasten, und einen globalen Lohnniedrigsektor zu etablieren. All dies dient der Aufrechterhaltung eines Systems, in dem die Mechanismen der Umverteilung von unten nach oben, von Süden nach Norden reibungslos funktionieren. Die von der neoliberalen Propaganda kräftig mitgeschürte Illusion, nur durch Senkung von Löhnen und Lohnnebenkosten könne die Erwerbslosigkeit wirkungsvoll bekämpft werden, bindet Parteien und Regierung in ein System ein, das die soziale Abwärtsspirale zementiert. In diesem System werden Regierungen gegen Gewerkschaften, Kommunen und Länder gegen den Bund, jüngere gegen ältere Generationen, Männer gegen Frauen und Inländer gegen Ausländer ausgespielt. Der Handlungsspielraum für die Zukunftsgestaltung, für Strategien zum ökologischen Umbau, Klimaschutz und globale Armutsbekämpfung werden auf Null reduziert. Reformen verlieren dabei auch begrifflich ihren gestalterischen Sinn und werden zu Maßnahmenbündeln des Sozialabbaus umdefiniert.

In diesem System erst einmal verhaftet, beginnen selbst Regierungen mit sozialökologischem Reformanspruch entgegen der eigenen Programmatik zu handeln und - wie die deutsche Bundesregierung - soziale Einschnitte, wie

¹ Ungeachtet seines Bedeutungsverlustes als Beschäftigungsstrategie bleibt der Keynesianismus auch in den OECD-Staaten weiterhin ein wirksames Steuerungskonzept bei Konjunkturschwankungen. In den Transformationsgesellschaften scheinen keynesianische Konzepte auch hinsichtlich der Mobilisierung von Wachstumsressourcen und Beschäftigungskapazitäten die Zukunft noch vor sich zu haben.

² Altmann, Jörn, 2000: Wirtschaftspolitik, Stuttgart.

beispielsweise Lockerung des Kündigungsschutzes, höhere Arbeitnehmeranteile an den Gesundheitskosten und Erhöhung des Rentenalters, wider besseren Wissens als Reformprogramme zur Bekämpfung der Erwerbslosigkeit auszugeben. In diesem System herrscht längst die kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus. Dieser definiert durch seine Postulate (Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung, Flexibilisierung, Wachstum und Beschäftigung durch Verbilligung von Faktorkosten Arbeit und Natur) den Rahmen und die Handlungsmechanismen, denen sich - solange sie innerhalb dieser Logik verharren - Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Grüne, selbst sozialistische Parteien und auch weitsichtige Unternehmer, die echten Reformen offen gegenüber stehen, fügen müssen. Die Nöte und Sorgen der Menschen um ihre Zukunft, der Wunsch von Millionen Arbeitslosen nach Beschäftigung werden zur Legitimation von Scheinlösungen gegen die Erwerbslosigkeit instrumentalisiert. Wo die gesamten Denk- und Handlungskapazitäten von Gesellschaften auf Scheinlösungen und bestenfalls die Aufrechterhaltung des Status quo gelenkt werden, erledigen sich alle Anstrengungen für eine zukunftsfähige und gerechtere Welt von selbst.

Durchbrechung neoliberaler Hegemonie

Die nüchterne Analyse der ökonomischen und sozialpsychologischen Funktionsmechanismen der neoliberalen Hegemonie lässt unschwer erkennen, dass es den Reformkräften, die ernsthaft eine andere Welt anstreben, zuallererst darum gehen muss, die Handlungsfähigkeit und Definitionsmacht für echte Reformen zurück zu gewinnen und die neoliberale Hegemonie durch eine Allianz für eine sozial und ökologisch gerechte Welt zurückzudrängen. Das Projekt "30-Stunden-Woche bis 2010 für alle EU-Staaten" eignet sich m.E. aus vier wesentlichen Gründen als strategisches Projekt in dieser Perspektive:

- *Erstens* ist die 30-Stunden-Woche die einzig denkbare Alternative für den Abbau der Massenerwerbslosigkeit und trägt damit dem Wunsch von über 100 Millionen Arbeitslosen in der EU Rechnung.
- *Zweitens* ist das Projekt unter bestimmten Bedingungen gesellschaftlich auch akzeptanzfähig und konsensbildend. Es fördert die Bildung einer breiten gesellschaftlichen Allianz und ist daher realisierbar.
- *Drittens* verbessert es grundlegend die Voraussetzungen für den Aufbau einer gerechten Weltwirtschaftsordnung und die globale Armutsbekämpfung.
- *Viertens* ist das Projekt geeignet, dem Neoliberalismus eine wichtige, vielleicht die wichtigste sozialpsychologische Grundlage seiner kulturellen Hegemonie zu entziehen.

Der Erfolg dieses Projektes hängt allerdings entscheidend davon ab, dass besser verdienende Gruppen der Lohn- und Gehaltsabhängigen bereit sind, dafür einen Preis zu zahlen und ihre Partikularinteressen in einer ganzheitlichen Perspektive neu zu bewerten. Im Folgenden werden Probleme, Bedingungen und Folgen des Projektes grob umrissen:

1. Das Projekt 30-Stunden-Woche hätte unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen nur dann Aussicht, aus der Defensive heraus den notwendigen politischen Druck zu erzeugen, wenn es weitestgehend kostenneutral ist. Nötig wäre eine Ausgleichskomponente für die unteren Einkommensgruppen, die z. B. aus den eingesparten Kosten der Erwerbslosigkeit - sie betragen in Deutschland jährlich um ca. 100 Mrd. €- finanziert werden könnte. Damit wird einerseits den zu erwartenden massiven Kampagnen der Unternehmer der Wind aus den Segeln genommen. Andererseits wird der Einsicht Rechnung getragen, dass mit dem Ende des 20. Jahrhundert das Zeitalter des ökonomischen Wachstums und der Konsumsteigerung in den Industrieländern des Nordens endgültig vorbei ist. Auch ein Nullwachstum auf sehr hohem Niveau wie in Europa stellt eine große Herausforderung dar, die nicht klein geredet werden sollte. Im 21. Jahrhundert stehen Umverteilung und nachhaltige Entwicklung, d.h. globale, soziale und ökologische Gerechtigkeit, auf der Tagesordnung. Die Umverteilung der Arbeit muss daher mit einer Umverteilung des Einkommens innerhalb einzelner Länder und global einhergehen. Nur so erhält die Perspektive einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung und Reformen globaler Institutionen(WTO, IWF, Weltbank) eine materielle und moralische Grundlage. Dies gilt umso mehr, als die bisher erzielten Wachstumszuwächse und Einkommenssteigerungen auch bei Lohn- und Gehaltsabhängigen in den Industrieländern auf Grund asymmetrischer Strukturen der Weltwirtschaft zum Teil aus diversen Süd-Nord-Umverteilungsprozessen herrühren, wie dem unfairen Handel, Sozial- und Ökodumping, Kapitalflucht, Brain Drain etc.

In dieser Perspektive ist ein Pochen auf den "Besitzstand" kontraproduktiv und die Fixierung auf Partikularinteressen nicht nur rückwärtsgerichtet, sie läuft diesen Interessen selbst zuwider. Die Job-Besitzer und gut Verdienenden verlieren angesichts dramatisch geschwächter Kampfkraft der Gewerkschaften seit Beginn der neunziger Jahre infolge von Massenerwerbslosigkeit, Reallohnabbau und Streichung von Sozialleistungen auf schleichendem Wege ohnehin ihren "Besitzstand". Die Neoliberalen gehen inzwischen sogar so weit, eine Verlängerung von Arbeitszeit ohne jedweden Lohnausgleich zu fordern. Und sie haben angesichts anhaltender Schwäche der Gegenkräfte auch gute Aussichten, diese Vorstellungen durchzusetzen. Die neoliberale Strategie der Mehrarbeit ohne Lohnausgleich muss durch eine Strategie von Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich verhindert werden. Erst durch eine 30-Stunden-Woche und die Überwindung der Massenerwerbslosigkeit können Gewerkschaften ihre Kampfkraft wieder zurückgewinnen. Insofern ist ein Verzicht auf den Lohnausgleich heute auch ein wichtiger Schritt für die Wahrung eigener Interessen von morgen. Die Verweigerung dieses Verzichts mit dem sachlich durchaus richtigen Verweis auf wachsende Unternehmensgewinne läuft darauf hinaus, an dem herkömmlichen, jedoch perspektivlosen Wachstums- und Konsummuster festzuhalten. Einem Verzicht auf Lohnausgleich steht die realistische Chance gegenüber, einem weiteren Verfall des Sozialstaates Einhalt zu gebieten und die Weichen für den Aufbau einer anderen Welt zu stellen. Durch die Bereitschaft, Arbeit und Einkommen in der eigenen

Gesellschaft teilen zu wollen, wird gleichzeitig das herrschende Wachstums- und Konsummuster in Frage gestellt und auf überzeugende Weise signalisiert, auch zu einer globalen Teilung von Arbeit und Einkommen bereit zu sein.

2. Die Gefahr von Bumerang-Effekten, vor allem der Zunahme von Schwarzarbeit bei Arbeitszeitverkürzungen und Einkommensverlusten, ist nicht von der Hand zu weisen. Um diese Effekte aufzufangen, bedarf es gleichzeitig der Entwicklung alternativer Betätigungsmöglichkeiten zur Steigerung der Lebensqualität und der Erhöhung von Chancen zur individuellen Selbstverwirklichung. Die Alternativen zur Erwerbsarbeit und zum herkömmlichen Konsummuster müssten im Prozess der Arbeitszeitverkürzung gleichzeitig erfahrbar und akzeptanzfähig gemacht werden. Insofern reichen die Dimensionen des Projektes weit über den Kreis der Tarifparteien hinaus. Alternative Projekte geschlechtergerechter Arbeitsteilung, ehrenamtlichen Engagements bei kommunalen Dienstleistungen und Projekte zur Unterstützung Bedürftiger und zum Schutz der Umwelt sowie der eigenen Weiterbildung und Selbstverwirklichung rücken in den Bereich der Realisierbarkeit. Einem geringeren verfügbaren Einkommen steht ein Mehr an verfügbarer Zeit für jeden selbst, für die Familie und für ein solidarisches Zusammenleben, insgesamt ein Mehr an Lebensqualität und Zeitwohlstand, gegenüber. Die hier nur ansatzweise genannten Interessen, Bedürfnisse, Strategien und Visionen sozialer Bewegungen, NGOs, kirchlicher Organisationen für eine sozial und ökologisch gerechtere Welt stünden nicht länger im Gegensatz zu gewerkschaftlichen Interessen, sondern ergänzten und bedingten einander. Darauf beruht die Hoffnung zur Herausbildung einer breiten gesellschaftlichen Allianz und eines hegemonialen Projektes für "eine andere Welt".

3. Das Projekt 30-Stunden-Woche zielt auf eine gesamteuropäische Perspektive. Diese ist sehr komplex, aber unausweichlich. Einerseits kann die Strategie, einzelne europäische Staaten gegeneinander auszuspielen, durchkreuzt werden. Andererseits hätte eine Arbeitszeitverkürzung nur dann Auswirkungen auf globale Umverteilung und die eine gerechtere Weltwirtschaft, wenn sie gesamteuropäisch durchgesetzt würde. Europa wäre mit seinem Gewicht in der Weltwirtschaft in der Lage, die nötige Sogwirkung auf die übrigen Zentren der Weltwirtschaft zu erzeugen. Hinzu kommt, quasi als Nebenprodukt die Herausbildung einer europäischen Identität, die für den Ausbau einer multilateralen Weltordnung und einer neuen friedens- und außenpolitischen Orientierung eine wichtige Voraussetzung darstellt. Dabei sollte die 30-Stunden-Woche als eine Richtschnur aufgefasst werden. Abweichungen nach unten bzw. nach oben ergeben sich aus den Rahmenbedingungen des jeweiligen Staates. Das gleiche gilt auch für die vielfältigen Formen der Arbeitszeitverkürzung: Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit sowie der jeweils intelligenten Kombination dieser Optionen, also keine Arbeitszeitverkürzung nach dem Gießkannenprinzip. Sie ließe sich ohnehin nur in Abhängigkeit von der Arbeitsproduktivität, von anderen sektoralen und regionalen Besonderheiten und Qualifikationsstrukturen nach

differenzierten und auf die jeweilige Situation zugeschnittenen Modalitäten verwirklichen. Die gesamteuropäische Perspektive erfordert keineswegs den gleichzeitigen Start des Projektes in allen europäischen Staaten. Es dürfte genügen, die Initiative zunächst auf einige wichtige EU-Staaten mit starken Traditionen der Arbeiterbewegung, sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen zu konzentrieren, wie Frankreich, Italien, Deutschland, England und Spanien. Das wäre komplex genug und für alle Beteiligten ohnehin eine Herausforderung von historischem Gewicht.

Ergänzend zu den o.a. Problemkreisen scheint mir folgender Sachverhalt von grundlegender Relevanz zu sein: die Bereitschaft zum Verzicht auf Lohnausgleich, d.h. die Kostenneutralität des Projektes, liefert keine Garantie für dessen Akzeptanz. Denn das Projekt als Ganzes tangiert die Fundamente der asymmetrischen Macht- und Reichtumsverteilung auf der Welt. Daher muss damit gerechnet werden, dass rückwärtsgewandte Unternehmerverbände, neoliberale Medien, Parteien sowie Politiker und Politikerinnen dieses Projekt trotz des weitreichenden Entgegenkommen der Lohn- und Gehaltsabhängigen aufs Schärfste bekämpfen werden. Die Bildung einer breiten gesellschaftlichen Allianz für das Projekt erfordert daher bei allen Beteiligten erhebliche Anstrengungen und eine offensiv geführte Debatte und Aufklärung, nicht zuletzt auch in den eigenen Reihen. Der Verzicht auf Lohnausgleich ist neben dem Beitrag für eine ökologische und sozial gerechtere Weltwirtschaft der strategische Kern des Projektes, um aus der Defensive herauszukommen. Die wachsende Ablehnung neoliberaler Globalisierung, die inzwischen alle gesellschaftlichen Gruppen erfasst hat, bietet eine Plattform für Konsensbildung und die Entstehung einer hegemonialen Allianz mit sozialökologischer Ausrichtung. Die globalisierungs-kritischen Strömungen in Europa, vor allem attac, könnten dabei zwischen Gewerkschaften, Kirchen, Umwelt- und Eine-Welt-Bewegungen die Rolle einer kommunikativen Brücke übernehmen. Die nach Porto Alegre entstandenen Sozialforen könnten sich als Vorboten für eine breite gesellschaftliche Allianz erweisen, das "Projekt Agenda 2010 / 30-Stunden-Woche in Europa" voran zu bringen.

Anfang September 2003

Veröffentlicht in:

attac-Deutschland (Hrsg.), 2003: Agenda 2010, Reader Nr. 2, Frankfurt.

Mohssen Massarrat ist Professor für Politik und Wirtschaft am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück mit zahlreichen Buch- und Zeitschriften-Publikationen im den Bereichen Internationale Wirtschaft, Sozialökologische Ökonomie, Energiewirtschaft, Friedens- und Konfliktforschung, Mittlerer und Naher Osten. Sein neuestes Buch: „Amerikas Weltordnung. Hegemonie und Kriege um Öl“ erschien Anfang 2003 im Hamburger VSA-Verlag.

Maria Mies Neue Kraft

In Cancún zeigten Entwicklungsländer gewachsenes Selbstbewusstsein

Das Scheitern der 5. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) im mexikanischen Cancún wird von hiesigen Kommentatoren in der Regel der Hartnäckigkeit der Industrieländer angelastet, die ihre Agrarexportsubventionen nicht den Regeln des neoliberalen »freien« Marktes opfern wollten. Verlierer dieses Scheiterns seien jedoch die ärmsten der Entwicklungsländer. Das meint u. a. auch der Wissenschaftler und SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Ulrich von Weizsäcker in der Frankfurter Rundschau vom 16. September. Als Gewinner nennt er die USA. Diese würden jetzt ihre Handelsregeln in bilateralen Verträgen durchsetzen. Zu den Verlierern zähle er aber auch die EU.

Letzteres ist richtig, denn es war vor allem die EU, und hier insbesondere Deutschland, die bzw. das auf die Einbeziehung der so genannten Singapur-Themen in die Verhandlungsrunde drängte. Diese sind: Investitionsschutz, öffentliche Ausschreibungen, Wettbewerbsregeln und Handelserleichterungen. Deutschland wollte unbedingt, dass ein Investitionsschutzabkommen in die WTO-Runde einbezogen würde. Kein Wunder: Deutschlands Konzerne wollen in armen Ländern investieren, dazu brauchen sie die bei der WTO verankerten multilateralen Schutzklauseln, vor allem den Schutz vor Enteignung.

Doch die Entwicklungsländer hatten schon seit dem Jahre 1995, als die WTO ins Leben gerufen wurde, Erfahrungen mit den Versprechungen und »Regeln« dieser Organisation gesammelt, die hauptsächlich den transnationalen Konzernen aus Industrieländern zugute kommen. Darum weigerten sie sich bereits bei der Ministerkonferenz in Seattle 1999, eine neue Freihandelsrunde, die so genannte Millenniumsrunde, einzuläuten. Sie verlangten, dass zunächst überprüft würde, was der globale Freihandel den armen Ländern bisher gebracht habe. Bei der 4. Ministerkonferenz der WTO in Doha war der Widerstand der Entwicklungsländer gegen eine Kompetenzerweiterung der WTO noch größer. 77 von 100 Entwicklungsländern weigerten sich damals strikt, ein Schlussdokument zu unterschreiben, das für 2003 in Cancún eine neue »umfassende« Freihandelsrunde vorsah. Die EU und die USA nannten sie heuchlerisch eine »Entwicklungsrunde«. Es gelang jedoch dem US-Unterhändler Robert B. Zoellick mit schmutzigen Tricks, Erpressungen und Drohungen, nacheinander die Unterhändler dieses Blocks über den Tisch zu ziehen.

Wer diese Vorgeschichte kennt, wundert sich nicht über den neuen Block der armen Länder, der die Verhandlungen in Cancún platzen ließ. Diese Länder wollen die Doppelmoral der reichen Länder nicht mehr mitmachen, die neoliberalen Freihandel predigen und selektiven Protektionismus für sich selbst praktizieren. Der neue Machtblock der

Entwicklungsländer, die G 20 plus, ließ sich auch durch die Drohung nicht abschrecken, das multilaterale Handelssystem könne durch bilaterale Verträge zersetzt werden. Dann hätten sie keinen Schutz mehr wie noch durch die WTO. Die Entwicklungsländer haben festgestellt, dass sie sich selbst gegen die Dumpingpolitik der USA und der EU schützen können, ohne die WTO um Erlaubnis zu bitten. Sie können das Verhalten der reichen Länder einfach nachahmen.

Der Aufstand in Cancún war keineswegs nur von den »Schwellenländern« Indien, Brasilien, China angeführt worden – zum Nachteil der noch ärmeren, wie jetzt meist zu lesen ist. Im Gegenteil. Nach einem Bericht von Anuradha Mittal (Food First) hatte eine Gruppe von 77 armen und ärmsten Ländern am 11. September die »bisher schärfste Protestnote an die Vertreter der EU geschickt, ihre Forderung, die neuen Themen ... in die WTO aufzunehmen, zurückzuziehen«. Außerdem weist Mittal darauf hin, dass diese Gruppe der 77 und die Gruppe der 20 plus mehr als 60 Prozent aller Bauern der Welt repräsentieren. Während die USA und die EU zusammen nicht einmal für ein Prozent sprechen. Trotzdem zahlen diese täglich eine Milliarde US-Dollar an Agrarsubventionen. Daraus resultieren Überschüsse, die dann zu Dumpingpreisen in die armen Länder exportiert werden, wo sie die kleinen Bauern ruinieren.

Die gewaltigen Agrarsubventionen der reichen Staaten kommen jedoch weder in den USA noch in der EU den dortigen kleinen Bauern zugute. Sie fließen den großen Agrarfabriken und der Lebensmittelindustrie zu. Die kleinen Bauern gehören daher auch in diesen Ländern zu den Opfern der WTO-Agrarpolitik. Sie hatten in Cancún genauso wenig eine Stimme wie die Kleinbauern aus Bangladesh oder die Mittelbauern in Südkorea. Die einzige Organisation, die in ihrem Namen sprach – allerdings auf der Straße – war die Via Campesina, die weltweite Vereinigung von oppositionellen Klein- und Mittelbauern, Landarbeitern und Konsumenten. Via Campesina ist auch die einzige Organisation, die eine konsequente Agrarpolitik für die ganze Welt fordert und nicht die Interessen der Kleinbauern des Südens gegen die des Nordens ausspielt. Sie verlangt »Landwirtschaft!« Nahrung oder Wasser sind keine beliebigen Waren, wie Autos oder Computer. Ebenso dürfen lebenswichtige Dienstleistungen und Fragen des geistigen Eigentums nicht der kapitalistischen Verwertungslogik unterworfen werden.

Junge Welt 18.09.2003

Thomas Fritz

Warnsignale überfahren - WTO entgleist in Cancun

Am Sonntag nachmittag um 16 Uhr stand fest: Die weltweiten Proteste hatten Erfolg, die WTO-Konferenz von Cancún war gescheitert. Nach dem Desaster von Seattle entgleiste "die Organisation", wie sie liebevoll von ihren Anhängern genannt wird, nun schon zum zweiten Mal. Woran hat's gelegen?

Mehrere Gründe lassen sich für das Scheitern der WTO in Cancún anführen: Der weltweit wachsende Widerstand gegen den Freihandel, die erstmalige Formierung einer starken Koalition größerer Entwicklungsländer und die völlig desaströse Verhandlungsführung der EU und der USA. Gerade die beiden mächtigsten Handelsblöcke brillierten mit einer Mischung aus atemberaubender Arroganz, imperialen Machtspielen und erbarmungswürdiger Dummheit.

Symptomatisch für die Legitimationskrise der WTO war der Umgang mit dem Tod des koreanischen Gewerkschaftsführers Lee, der während eines großen Protestmarsches von Bauernorganisationen den Zaun erklimmte, der die Hotelzone Cancuns von der Stadt abriegelte, sich ein Messer in die Brust rampte und kurz darauf im Krankenhaus verstarb. Während einer Pressekonferenz bestätigte der mexikanische Außenminister und Konferenzleiter Derbez knapp diesen bedauerlichen Vorfall - und das war's. Ohne innezuhalten startete in den Hinterzimmern das Geschacher um Zölle und Subventionen. Währenddessen hielten die DemonstrantInnen in Cancún ihre tage- und nächtelangen Mahnwachen ab. Vor allem die äußerst disziplinierten und kämpferischen koreanischen BäuerInnen errangen die Sympathien aller AktivistInnen. Neben den Aktionen von Campesinos, Gewerkschaften und "globalofobicos", wie die Globalisierungskritiker in Mexiko genannt werden, kam es zu zahlreichen Happenings im Konferenzzentrum selbst. Dazu gesellten sich unzählige Proteste in vielen Städten der Welt. Alle AktivistInnen können es sich daher als Erfolg anrechnen, dass der von mexikanischen Bewegungen ausgegebene Slogan "Derail the WTO!" schließlich Wirklichkeit wurde. Die Konferenz entgleiste - und das zu Recht.

Der von dem mexikanischen Verhandlungsleiter vorgelegte Entwurf für eine Abschlusserklärung war ein dreister Affront. Wie das Third World Network schrieb, verwandelte sich spätestens mit diesem Entwurf die sogenannte "Doha Development Agenda" (DDA) in DADA: die Doha Anti-Development Agenda. Die wohltonenden Versprechungen des letzten WTO-Gipfels von Doha erwiesen sich als hohle Phrasen. Abbau der handelsverzerrenden Agrarsubventionen des Nordens? Pustekuchen. Der Abschlusstext hätte EU und USA sogar noch eine Steigerung ihrer Beihilfen ermöglicht. Schlimmer noch: Entwicklungsländern mutete die vorgesehene Reduktionsformel überproportionalen Zollabbau zu. Auch Schutzmechanismen gegen das Agrardumping des Nordens oder die Herausnahme sensibler Grundnahrungsmittel aus der WTO wurden mit zahllosen Hürden versehen. Die Förderung kleinbäuerlicher

Landwirtschaft wäre mit diesem Abschlusstext in noch weitere Ferne gerückt.

Bei den besonders umstrittenen Singapur-Themen, also den vor allem von der EU gepuschten neuen Abkommen zu Investitionen, Wettbewerb, Staatsaufträgen und Handelserleichterungen, ignorierte der Entwurf für die Abschlusserklärung schlicht einen Beschluss von Doha. Dort legten die WTO-Mitglieder nämlich fest, dass es eines "expliziten Konsenses" zur Aufnahme von Verhandlungen in diesen Bereichen bedarf. Ein unglaublicher Vorgang, da sich in Cancún zuletzt allein 80 Staaten gegen ein Investitionsabkommen aussprachen. Dass die EU schließlich dem Kompromissvorschlag des Verhandlungsleiters folgte und auf zwei der neuen Themen - Investitionen und Wettbewerb - verzichtete, nützte nichts. Korea, die afrikanischen und die karibischen Staaten sagten "Nein" zu allen neuen Themen: expliziter Dissens. Den konstatierte schließlich auch Verhandlungsleiter Derbez und zog die Konsequenz: Abbruch der Verhandlungen. Von der stark beachteten Baumwollinitiative einiger westafrikanischer Staaten, die auch von der EU unterstützt wurde, blieb nichts als ein Torso. Keine der beiden Forderungen fand sich im Abschlusstext wieder, weder die Beseitigung der Baumwollsubventionen der Industriestaaten, noch die Kompensationszahlungen an geschädigte afrikanische Produzenten.

Völlig unverständlich ist, dass EU und USA ein derart absurdes Dokument durchsetzten, wo sich kurz zuvor eine starke Koalition von 20 größeren Entwicklungsländern formierte, die vor allem auf verbesserten Marktzugang im Agrarsektor drängte. Dieser Gruppe gehörten u.a. Indien, Brasilien und China an und sie wuchs noch während der Konferenz auf 22 Mitglieder. EU und USA erwiesen sich als völlig unfähig, mit dieser veränderten Konstellation umzugehen. Stattdessen versuchten sich mit den überkommenen Methoden vergangener Konferenzen, der Aufrührer Herr zu werden: Druck, Drohungen und Anrufe in den Hauptstädten. All dieses arrogante und imperiale Gehabe blieb aber fruchtlos. Die Koalition der Unwilligen hielt, diesmal bis zuletzt.

Allerdings: die G20plus sind nicht ohne Widersprüche. Vor allem der Schutz kleinbäuerlicher Landwirtschaft steht bei ihnen nicht im Mittelpunkt. Genau aus diesem Grunde artikulierte sich in Cancún eine weitere viel beachtete Gruppierung von 23 Entwicklungsländern, die vor allem den Außenschutz ihrer Agrarmärkte einklagten. Mit großer Genugtuung feierten die AktivistInnen aus aller Welt den Kollaps der Verhandlungen. EU und USA, die Lokführer der WTO, haben unübersehbare Warnsignale überfahren: den weltweiten Protest und das Aufbäumen der Entwicklungsländer. Das Entgleisen der Verhandlungen war so unvermeidlich.

Cancun, 14.9.2003

Ein klares Zeichen

Die Reaktionen der Presse auf das Scheitern der 5.WTO-Ministerkonferenz in Cancún

Von einer verpassten Chance für mehr Wohlstand sprechen die einen. Von einer Stärkung der Entwicklungsländer gegenüber der Arroganz der Mächtigen die anderen.

Für die Entwicklungsländer bedeute das Scheitern des Gipfels eine Niederlage, meint u.a. die Süddeutsche Zeitung. Auch andere überregionale deutsche Tageszeitungen wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung stimmen in den Kanon ein. Sie werten den Abbruch der Verhandlungen als Misserfolg für die ohnehin schon schwachen Entwicklungsländer. „Die Dritte Welt kann keine Tonne mehr Baumwolle oder Zucker in den Westen exportieren. (...)Wirtschaftliche Abschottung hat noch keinem Land dauerhaften Wohlstand gebracht.“

Damit kritisieren sie vor allem die Rolle derjenigen Entwicklungsländer, die sich als G21 unter der Führung Brasiliens, Indiens und Chinas zusammengeschlossen haben, um vereint den Industriestaaten entgegenzutreten. Ihr vereintes Auftreten gegen die Einführung eines Investitionsschutzabkommen hätte maßgeblich dazu geführt, dass der Gipfel am Ende abgebrochen wurde und sich die Situation in keiner Weise ändere. „Das Scheitern von Cancún als solches hilft den Entwicklungsländern nicht. Im Gegenteil schadet es ihnen ökonomisch sogar weit mehr als den Reichen dieser Welt. Da nichts beschlossen wurde, ändert sich nichts. Die Ungerechtigkeiten des Welthandelssystems, die Industriestaaten längst eingestehen und die Dritte-Welt-Gruppen unablässig anprangern, bleiben bestehen.“, schreibt die Berliner Zeitung. Die FAZ ergänzt: „Zwar fühlen sich nicht wenige Entwicklungs- und Schwellenländer als Sieger von Cancún, weil sie erstmals erfolgreich Allianzen geschmiedet und damit verhindert haben, dass die großen Wirtschaftsmächte über ihren Kopf hinweg Entscheidungen fällen. De facto aber dürften erneut die Ärmsten der Armen in Afrika und anderswo die großen Verlierer sein.“

Deshalb sehen vor allem überregionale Tageszeitungen keinen Anlass zum Jubel. „Globalisierungsgegner feierten die Pleite von Cancun, doch ihre gut gemeinte Position hilft niemandem weiter.“, schreibt die SZ. Außerdem sei der Jubel der Globalisierungskritiker zynisch und verfrüht. Dies wird vor allem mit den bilateralen Abkommen begründet, die sich nach Cancun anbahnen werden. Da die großen Wirtschaftsblöcke USA und EU so viel ungenierter ihre Macht ausspielen könnten, seien gerade die kleinen Nationen auf multilaterale Verträge im Rahmen der WTO angewiesen. Dennoch meldeten sich auch andere Stimmen zu Wort. Einige Tageszeitungen solidarisierten sich auch mit der Kritik an dieser Art von Globalisierung und begrüßten das Scheitern des Gipfels. „Das lässt für die Zukunft hoffen und gibt ein wenig Mut für die nächsten Etappen.“ meint die Junge Welt und hofft gleichzeitig, dass die Entwicklungsländer auch weiterhin den profitorientierten Interessen der Industriestaaten die Stirn zu bieten vermögen. Das Neue Deutschland spricht von einer Signalwirkung, kritisiert allerdings die Verhandlungsposition der G21, die zu stark defensiv und verweigernd war. „Fest steht, dass das Beben von Cancún das innere Machtgefüge der WTO verschoben hat. (...) So gesehen könnte man Cancún gar als

Erfolg bezeichnen, denn die Entwicklungsländer, da sind sich langjährige Beobachter einig, sind noch nie so stark und geschlossen aufgetreten wie in Mexiko. Europäern und US-Amerikanern sind ebenbürtige Mitspieler erwachsen, die demonstriert haben, dass es ihnen mit ihrer Sache ernst ist“, schreibt die Frankfurter Rundschau, mahnt aber gleichzeitig, die Doha-Runde schnellstmöglich zu beenden, da der Welthandel dringend Impulse brauche und ein für alle akzeptabler Abschluss immer noch besser sei als keiner.

In diesem Sinne wird auch eine neue Debatte aufgemacht: die Krise der WTO. Die Meinungen in der bundesdeutschen Medienlandschaft liegen dicht beieinander: Die WTO sei beschädigt, aber nicht am Ende. Nur mit einer grundlegenden Reform dieser Organisation könne die Handelsrunde einen für alle Seiten positiven Abschluss erfahren. Es müsse dabei vor allem um effizientere Entscheidungsverfahren und mehr Transparenz gehen. „Nur wenn sich die Beteiligten auf all diesen Feldern bewegen, besteht die Aussicht, dass der Doha-Prozess eine wirklich neue Dynamik entwickelt. Nur so können die Scherben von Cancún wieder gekittet werden.“, schreibt die FR.

In den US-amerikanischen Printmedien ist dagegen wenig Euphorie über den geplatzten Gipfel zu spüren. Fast einhellig bedauern sie den ihrer Meinung nach verfrühten Abbruch der tagelangen Verhandlungen und plädieren ebenfalls für einen baldigen Abschluss der Handelsrunde. Kritische Stimmen wurden vor allem in der New York Times laut: "Es ist bittere Ironie, dass die Chefarchitekten dieses Misserfolgs ausgerechnet Japan, Korea und die Europäische Union waren. Sie alle verdanken ihren Wohlstand dem Ausbau des Welthandels. Jede Hoffnung aber, dass die Vereinigten Staaten sich in Cancún moralisch besser verhalten würden und sich auf ihre historische Führung bei der Durchsetzung eines freieren Handels besinnen würden, wurde zerstört.“

In der französischen Tagespresse ist der Grundtenor ebenfalls kritisch, Le Monde sieht die Verantwortung am Scheitern der 5. Ministerkonferenz klar bei den Entwicklungsländern. Mit ihrer defensiven Haltung hätten sie ein rechtzeitiges Ende der laufenden Handelsrunde verhindert, und das ohne Vorteile für sich herauszuschlagen. Für die Pariser Zeitung Les Echos markiert das Scheitern von Cancún gar „einen schwarzen Tag in der bewegten Geschichte der Liberalisierung.“

Die Tageszeitung Liberation jedoch begrüßte den Abbruch der Verhandlungen und zeigte Respekt vor dem mutigen Auftreten der G-21-Staaten. „Besser kein Abschluss, als ein nachteiliger.“

Wie das Scheitern von Cancún im Einzelnen auch bewertet werden mag, insgesamt ist die internationale Presse sich einig: Die Entwicklungsländer haben sich behauptet und den Liberalisierungsbestrebungen der Industriestaaten die Stirn bieten können. Damit haben sie sich als ernstzunehmende und nicht mehr zu ignorierende Akteure auf internationaler Ebene profiliert und ein neues Gewicht erhalten.

Macht Demokratie!

(Vortrag auf der Sommerakademie 2003 von ATTAC-D in Münster)

1. Macht

Unsere Macht ist nicht die Macht der Mächtigen. Ganz im Gegenteil.

Unsere Macht ist die Macht zu tun, kreative Macht. Unsere kreative Macht ist die Macht, das Leben zu produzieren und zu reproduzieren. Es ist aber auch die Macht, die Sachen anders zu tun, die Macht, die Welt zu verändern. Diese Macht fühlen wir nach einer guten Demonstration oder nach einer Sommerakademie wie dieser: die kollektive Zuversicht, dass wir die Sachen anders machen können.

Unsere Macht ist eine kollektive Macht, eine gesellschaftliche Macht. Das Tun ist der Kern unserer Macht, und es ist schwierig, sich ein Tun vorzustellen, das nicht gesellschaftlich ist, ein Tun, das nicht von dem gegenwärtigen oder vergangenen Tun anderer abhängt. Unser Tun ist immer Teil eines gesellschaftlichen Flusses des Tuns. Die Entwicklung unserer kreativen Macht bedeutet die offene Anerkennung der Gesellschaftlichkeit unseres Tuns; sie ist also eine Bewegung des Zusammenführens, der Behauptung gesellschaftlicher Subjektivität, der Schaffung eines kreativen Wir.

Die Macht der Mächtigen ist genau das Gegenteil. Hinter ihren Waffen verbirgt sich eine Bewegung der Trennung, der Zersplitterung. Das Kapital ist eine Bewegung der Trennung, die die Gesellschaftlichkeit des Tuns zersplittert. Der Kapitalist nimmt das, was die Tuenden getan haben und sagt: "Dies ist meins!" Der Kapitalist bricht das Tun, trennt das Getane von dem Tun und von den Tuenden, und zerbricht dadurch alles, jeden Moment des Lebens. Vor allem wir werden gebrochen. Wir werden als gesellschaftliches Subjekt gebrochen, in Millionen abgesonderter Individuen zersplittert. Und auch als Individuen sind wir gebrochen, unserer gesellschaftlichen Subjektivität beraubt. Das Kapital bedeutet das Zerbrechen gesellschaftlichen Tuns und wenn das Tun gebrochen ist, dann herrscht "Sein" vor, das, was "ist", herrscht.

Wir sehen die Gräueltat der Welt, die unnötig sterbenden Kinder, die Armut und die Ungerechtigkeit, die fallenden Bomben, und wir schreien "Nein! Das darf nicht sein! Wir müssen die Welt verändern!" Und sie lachen: "Ihr seid nur eine Handvoll Individuen. Ihr könnt die Welt nicht verändern, denn die Welt ist so, so sind die Verhältnisse."

Sie haben natürlich nicht Recht. Das, was ist, ist nur weil wir es geschaffen haben und weil wir es immer wieder schaffen. Das, was ist, hängt von unserem Tun ab. Das Kapital hängt von uns ab. Der Kapitalismus sieht so stabil aus, sieht wie etwas aus, das ewig ist. Aber der Kapitalismus ist nicht. Er existiert nur weil wir ihn schaffen, nicht weil wir ihn vor zweihundert Jahren geschaffen haben, sondern weil wir ihn heute schaffen. Das Problem besteht nicht darin, den Kapitalismus zu zerstören: das Problem ist, wie wir aufhören, ihn zu schaffen.

Der Konflikt zwischen unserer Macht und ihrer Macht (das heißt zwischen unserer kreativen Macht und ihrer instrumentellen Macht) ist nicht nur ein Streit zwischen der

Macht von unten und der Macht von oben. Unsere Macht ist die Macht des Tuns, der Kreation, der Gesellschaftlichkeit. Ihre Macht ist die Macht der Trennung, der Vereinzelung, dessen, was ist. Es handelt sich um zwei völlig verschiedene, entgegengesetzte Bewegungen, mit verschiedenen Logiken, verschiedenen Sprachen, verschiedenen Organisationsformen.

Es ist wichtig, dies zu verstehen, denn sie (die Mächtigen, die Kapitalisten) versuchen ständig, uns in ihre Logik, ihre Sprache, ihre Art des Denkens und Tuns hineinzuziehen. Sie tun dies auf viele verschiedene Weisen, zum Beispiel indem sie unabhängigen Organisationen Geld anbieten. Eine der wichtigsten Methoden, derer sie sich bedienen, ist jedoch die Demokratie, die Methode mit der sie uns einladen, ihr demokratisches Spiel mitzuspielen.

2. Demokratie

Unsere Demokratie ist nicht wie die Demokratie der Mächtigen. Ganz im Gegenteil.

So wie es zwei Arten von Macht gibt, gibt es auch zwei Arten von Demokratie: ihre Demokratie, die Demokratie der Mächtigen, und unsere Demokratie, die Demokratie des Widerstandes.

Stellvertretung oder Repräsentation ist das Grundprinzip ihrer Demokratie. Lass jemanden an deine Stelle treten.

Wir nehmen an den Entscheidungen des Staates teil, sagen sie, indem wir unsere Repräsentanten wählen. Es gibt keinen anderen Weg, sagen sie, denn die modernen Staaten sind nicht wie die Städte Griechenlands: fünfzig oder hundert Millionen Menschen würden unmöglich in eine Versammlung reinpassen, deshalb kann eine Demokratie nur funktionieren, wenn wir Stellvertreter wählen. In der modernen Demokratie, sagen sie, bedeutet Demokratie Stellvertretung. In Wahlen entscheiden wir frei darüber, wer für uns sprechen soll, wer uns im Parlament vertreten und wer die Regierung stellen soll. Wenn die gewählte Person uns nicht gefällt, können wir sie nach vier Jahren abwählen. Demokratie heißt selbstverständlich Stellvertretung und Demokratie ist selbstverständlich gut, wird uns gesagt.

Aber warum haben wir das Gefühl, dass wir ausgeschlossen sind? Warum haben wir das Gefühl, keine Kontrolle über die Regierung zu haben? Warum aber ist die Demokratie unter Bush und Blair zu einer Massenvernichtungswaffe geworden?

Weil das Prinzip der Stellvertretung uns ausschließt, anstatt uns zu beteiligen. In der Wahl wählen wir jemanden, der für uns spricht, der unsere Stelle einnimmt. Wir schließen uns selber aus. Wir stellen eine Trennung zwischen denen, die vertreten und denen, die vertreten werden her und wir fixieren erstarren die Trennung in der Zeit. Wir schließen uns selber als Subjekte aus, bis wir bei der nächsten Wahl die Gelegenheit haben, die Trennung zu bestätigen. So entsteht eine Welt der Politik, die von dem Alltagsleben der Gesellschaft geschieden ist, eine Welt der Politik, die von einer abgesonderten Kaste Politiker bevölkert ist, mit eigener

Sprache und eigener Logik, die Logik der Macht. Es ist nicht so, dass sie von der Gesellschaft und ihren Konflikten völlig abgesondert wären, denn sie müssen sich um die nächste Wahl und um Wahlumfragen kümmern, aber sie sehen und hören nur das, was in ihre Welt, ihre Sprache, ihre Logik übersetzt wird. Gleichzeitig wird eine parallele Welt geschaffen, eine theoretische, akademische Welt, die die Trennung zwischen Politik und Gesellschaft widerspiegelt, das heißt die Welt der politischen Wissenschaft, die uns die merkwürdige Sprache und Logik der Politiker lehrt und uns hilft, die Welt mit ihren blinden Augen zu sehen.

Das Prinzip der Stellvertretung ist Teil des allgemeinen Trennungsprozesses des Kapitalismus. Es ist falsch, die repräsentative Regierung als wirkliche Herausforderung für das Kapital oder auch nur als möglichen Gegensatz zur kapitalistischen Herrschaft zu verstehen. Die repräsentative Demokratie steht dem Kapitalismus nicht entgegen: sie ist vielmehr eine Ausweitung des Kapitals, sie versucht unserem Widerstand den Grundsatz der kapitalistischen Herrschaft (d.h. die Trennung) aufzuzwingen. Das Prinzip der Stellvertretung basiert auf der Vereinzelung der Individuen (und auf der Fetischisierung von Raum und Zeit), die das Kapital auferlegt. Die Vertretung scheidet die Vertreter von denen, die sie vertreten sollen, die Führer von den Geführten, und zwingt uns hierarchische Strukturen auf. Die Linke klagt nicht selten die Stellvertreter und die Führer wegen Verrat an: aber es gibt keinen Verrat, oder genauer: nicht die Führer üben Verrat aus, sondern Verrat ist ursprünglicher Teil des Prinzips der Stellvertretung. Wir verraten uns selbst, wenn wir jemandem sagen: "Nimm Du meinen Platz ein, sprich Du für mich." Der Schrei der französischen Studenten in 1968, "élection-trahison", ("Wahl-Verrat") drückte eine grundlegende Wahrheit aus, eine Wahrheit an die uns die argentinische Wahl kürzlich erinnerte. Der Verrat steckt bereits in der Wahlform selbst.

Aber es gibt eine andere Art der Demokratie, eine Demokratie, die vor allem in Zeiten starken Widerstandes aufblüht, eine Widerstandsdemokratie. "¡Que se vayan todos!" "Haut bloß alle ab!" Der Schrei der Argentinier ist ein Schrei gegen alle Politiker, gegen alle, die uns vertreten wollen, alle, die unseren Platz einnehmen wollen. "¡Que se vayan todos!" ist ein Schrei, der in der ganzen Welt Widerhall findet, denn überall herrscht eine starke Ablehnung der Berufspolitiker, eine Ablehnung derjenigen verächtlichen Menschen, die beanspruchen, uns zu vertreten, die vorgeben, in unserem Namen zu sprechen.

Dies ist kein Schrei gegen die Demokratie, sondern der Ruf nach einer anderen Art von Demokratie, einer Demokratie ohne Stellvertreter. Die andere Seite des argentinischen "¡Que se vayan todos!" besteht in der Gründung von Nachbarschaftsräten, Versammlungen an denen jede und jeder teilnehmen kann. Diese Versammlungen sprengen die Logik der Repräsentation, denn ihr Ziel besteht nicht in der Ausübung von oder der Suche nach instrumenteller Macht, sondern es ist der Versuch, unsere Macht, kreative Macht, zu bündeln und auszudrücken. Dies bedeutet, daß sie anders organisiert sind, dass Horizontalität statt Vertikalität ihr zentraler Grundsatz ist, dass sie den Staat nicht als Bezugspunkt nehmen, dass sie die Grenzen des Privateigentums nicht von vornherein annehmen, dass sie die normalerweise getroffene Differenzierung zwischen Politik und Gesellschaft nicht

hinnehmen, dass sie Berufspolitikern oder Parteien keinen Raum bieten, usw.

Die argentinischen Nachbarschaftsräte sind selbstverständlich Teil der langen Tradition der Rätedemokratie, zu denen auch die Pariser Kommune, die Sowjets von 1905 und 1917, die Räte des spanischen Bürgerkrieges und die zapatistischen Gemeindeversammlungen und viele weitere Beispiele gehören. Es gibt jedoch kein Modell, das wir einfach anwenden könnten, denn jede rätedemokratische Welle ist ein Experiment, ein Versuch, geeignete Formen für die Selbstbestimmung unseres gesellschaftlichen Tuns zu entwickeln. Die Selbstbestimmung des gesellschaftlichen Tuns ist entscheidend und daher ist diese Demokratie, unsere Demokratie, mit dem Privateigentum und dem Kapitalismus unvereinbar, da der Kapitalismus auf der Negation der Selbstbestimmung basiert. Die Demokratie, d.h. unsere Demokratie, Rätedemokratie, ist notwendigerweise anti-kapitalistisch, revolutionär, kommunistisch, so wie auch die Revolution notwendigerweise demokratisch, rätedemokratisch ist, oder eben nicht ist.

Die Rätedemokratie bedeutet einfach die offene Gesellschaftlichkeit des Tuns herzustellen, die vielen Tuns zu verweben, bedeutet das "Wir" im "Wir-Tun" (unseres gemeinsamen, kreativen Tuns) zu stricken. Die repräsentative Demokratie, als Teil der Bewegung des Kapitalismus, greift das "Wir-Tun" (gemeinsame, kreative Tun) an, zersplittert das "Wir" in eine Menge von Ichs, negiert das Tun und stellt das Sein an seiner statt: die Staatsbürger tun nicht, sie sind.

3. Macht Demokratie!

Macht, Demokratie, und drittens, Macht Demokratie!

Was bedeutet dies alles in der Praxis? Es heißt nicht notwendigerweise, daß wir jeden Kontakt mit der repräsentativen Demokratie vermeiden müssen. Wir können nicht jeden Kontakt mit den kapitalistischen Formen vermeiden, und es kann sein, dass es Situationen gibt, in denen es sinnvoll sein mag, zu wählen oder uns vielleicht gar zu Wahlen aufstellen zu lassen. Aber wir dürfen die Herrschaftsformen und die Widerstandsformen nicht miteinander verwechseln: auch wenn wir uns aus bestimmten Gründen dafür entscheiden, in einer Wahl zu wählen, sind Wahlen weiterhin eine Form des Ausschlusses, der Trennung und der Zersplitterung. Es kann sein, dass ein Vertreter besser (oder nicht so schlimm) wie ein anderer ist, aber das Prinzip der Stellvertretung kann keine radikale Veränderung bewirken.

Die zwei Formen von Demokratie sind unversöhnlich, genau wie die zwei Formen von Macht unvereinbar sind. Dies ist wichtig, denn es geht hier nicht um eine Vermischung der beiden Formen, es geht nicht um "partizipative Demokratie", um eine "Teilnehmerdemokratie", an der wir in einem "gut" funktionierenden Staat teilnehmen. Es geht nicht darum, den Staat für uns zurückzugewinnen oder den Staat demokratisch oder demokratischer zu machen. Warum nicht? Weil der Staat Teil des Geflechtes der kapitalistischen Herrschaft ist. Weil der Staat immer der Versuch ist, uns mit dem

Kapitalismus, das heißt mit der Negation der Selbstbestimmung, zu versöhnen. Unsere Demokratie kann nicht als Teil des Staates verstanden werden, denn sie bedeutet die Auflösung des Staates.

Das Ziel muss es sein, Formen der demokratischen (also rätendemokratischen) Organisation zu entwickeln, in der individualisierte Opfer als kollektive gesellschaftliche Subjekte handeln, in der die vielen "armen Ichs" als ein der gemeinsamen Macht sicheres Wir kollektiv agieren. Aber dieses Ziel bleibt immer ein Experiment, denn es gibt kein Modell, das wir einfach anwenden können.

Ihre Macht gegen unsere Macht, ihre Demokratie gegen unsere Demokratie. Aber sie sind stärker als wir. Sind wir zum ewigen Widerstand verdammt? Gibt es keine Hoffnung, dass wir die Welt verändern können, dass wir eine andere Welt schaffen können?

Aber es gibt Hoffnung. Das Kapital ist von uns abhängig. Wenn wir es nicht erschaffen, hört es zu existieren auf. Aber das heißt, dass das Kapital in beständiger Flucht von seiner Abhängigkeit von uns existiert: es flieht, schneller und schneller. Das ist der Kern der Globalisierung. Aber es ist eine hoffnungslose Flucht, denn das Kapital hängt vollständig von unserem Tun und von der Umwandlung unseres Tuns in verfremdete Arbeit für seine Existenz ab. Die beständige Flucht des Kapitals bedeutet also eine beständige Krisentendenz. Die Hoffnung besteht darin, dass die Krise dem Kapital innewohnt. Diese Krise, dass sind wir selbst.

Ein Element der heutigen Krise ist die Existenz von zwei grossen Brüchen in der kapitalistischen Herrschaft. Einer dieser Brüche ist die Krise der Arbeit, die eins der Themen dieser Sommerakademie war. Der andere ist die Krise der Repräsentation.

Die Repräsentation bedeutet immer eine Distanz zwischen den Repräsentant(inn)en und den Vertretenen. In diesem Sinne wohnt die Krise der Repräsentation selbst inne. Aber es gibt auch einen Mechanismus zur Lösung der Krise: bei Wahlen wird das Versagen der Repräsentation als Versagen einer Gruppe von Repräsentant(inn)en dargestellt. Die Menschen wählen dann die andere Gruppe, wodurch das System aufrechterhalten wird.

Heutzutage wird in vielen Teilen der Welt aber der Mechanismus der Repräsentation zunehmend abgelehnt. Die Globalisierung hat zur Folge, dass die Distanz zwischen Repräsentant(inn)en und Vertretenen viel augenfälliger ist,

und diese Tendenz wird durch die aktuelle Politik der US-Regierung, die alle Regierungen direkt ihrem Willen unterwerfen will, verstärkt. Es gibt eine Krise der repräsentativen Demokratie, die sich in der Stimmenenthaltung, im weitverbreiteten Zynismus und in der Weigerung, die Proteste durch die traditionellen Mechanismen der politischen Parteien zu kanalisieren, ausdrückt. Die zunehmende Distanz zwischen Repräsentant(inn)en und Vertretenen war noch nie so deutlich wie in der Antikriegsbewegung gegen die Invasion des Irak.

Was tun wir, was sagen wir angesichts dieser Krise der repräsentativen Demokratie? Sollen wir einfordern, dass unsere Repräsentant(inn)en uns wirklich vertreten sollen, dass sie wirklich die Wünsche der Bürger umsetzen sollen? Oder sagen wir lieber "que se vayan todos", haut alle ab, weg mit Euch Repräsentant(inn)en, weg mit allen, die unseren Platz einnehmen wollen, die in unserem Namen sprechen wollen? Die Antwort ist klar: que se vayan todos, haut alle ab!

Aber das bedeutet nicht nur Stimmenenthaltung bei Wahlen. Es heißt vielmehr, dass wir versuchen müssen, Widerstandsräume wirklicher Demokratie zu schaffen und zu erweitern, entstehenden Risse und Lücken mit kollektiver Selbstbestimmung, die keine Grenzen akzeptiert, zu füllen. Die Demokratie, unsere Demokratie, kann nur als Kampf verstanden werden, als Kampf um eine sich selbst bestimmende Gesellschaft, das heißt, um eine Gesellschaft in der das Kapital nicht mehr existieren wird. Demokratie, unsere Demokratie, heißt Revolution, jedoch nicht (oder nicht nur) Revolution als grosses Ereignis sondern als alltägliche Selbstbestimmung, als alltägliche Ablehnung des Kapitalismus, als alltägliche Weigerung, die kapitalistische Herrschaft zu schaffen.

Korrektur: Lars Stubbe

John Hollaway lebt in Mexiko und ist Berater der Aufständigen in Chiapas. Er wurde u.a. bekannt durch sein Buch „Die Welt verändern ohne die Macht zu ergreifen“ (Verlag westfälisches Dampfboot“, Münster)

David Harvey

Wie die Grünen?

Online Bericht zur Sommerakademie (Auszug)

Das letzte Podium beschäftigte sich heute mit der Frage der Gegenmacht zur neoliberalen Hegemonie und welches Ziel sie verfolgen sollte. John Holloway plädiert dabei für die Abschaffung der bestehenden repräsentativen Demokratien. David Harvey vertritt einen gegensätzlichen Standpunkt. Zur Gegenüberstellung veröffentlichen wir Auszüge aus einem Interview.

F: Was ist die Aufgabe der Linken in Europa und Deutschland, soweit Sie das beurteilen können?

A: Nun, zunächst geht es darum, eine soziale Bewegung aufzubauen. Die Gefahr dabei können wir in der Geschichte der Grünen sehen. Die Schwierigkeit ist, den Übergang zu einer politischen Organisation zu gestalten. Wenn eine soziale Bewegung zu einer politischen Organisation wird, begibt sie sich in die Politik, und plötzlich verliert sie viel von ihrer Vitalität. Vielleicht solltet ihr das durchmachen. Vielleicht, denn diese Bewegung hat etwas verändert. (...) Wenn ihr aber keine politische Organisation werdet, schränkt ihr eure Macht in gewisser Weise ein. Oder?

F: Da bin ich mir nicht so sicher. Genau darum geht es in der Diskussion. Wir sagen immer, wir wollen nicht so werden wie die Grünen, weil wir damit alles verlieren, was wir haben. attac lebt von der Netzwerkstruktur, und die vielen Menschen vor Ort in Europa machen lokale politische Arbeit mit der globalen Perspektive im Hinterkopf. Und wir sehen es schon als Gefahr, eine nationale Partei zu werden. Vielleicht ist es besser, in einem Netzwerk organisiert zu sein.

A: Das kann ich verstehen. Ich sehe die Gefahren. So etwas geschieht fast unausweichlich mit sozialen Bewegungen, die zu einer Form von politischer Organisation werden. Aber gleichzeitig entsteht auch das Problem, das wir bei Nader und den Grünen in den USA sehen. Jedes Mal müssen sie von Neuem beginnen, und ich denke, das ist ein bisschen einschränkend. Ich verstehe die Gefahren und ich verstehe

auch, warum Menschen da zögern. Von dem, was ich weiß, ist es auch richtig, zu diesem Zeitpunkt noch nicht über eine politische Organisation nachzudenken. Wenn ihr aber stärker und größer werdet, wird es irgendwann einen Punkt geben, an dem ihr euch unausweichlich die Frage stellen müsst "Kann man eine Art von politischer Organisation ins Leben rufen, die nicht diesen Fall durchmachen, den die Grünen hinter sich haben. Wie kann man das also machen? (...)

Wir sehen dies ein wenig bei Lula in Brasilien. Er hat jetzt eine andere Position, er muss mit den Kapitalanlegern und mit den Weltmarktbedingungen Kompromisse machen. Vieles von dem, was er wegen seiner Position tun muss, finden wir nicht richtig. Wir sagen, er sollte es nicht tun. Die Frage ist: "Gibt es noch andere Dinge, die er gerade tut?" Das könnte eine andere Grundlage für Politik werden, nicht nur in Brasilien sondern auch für ganz Südamerika. Eine ähnliche Entwicklung hat die Arbeiterpartei in Brasilien hinter sich. Sie fing an wie die Bewegung in Porto Alegre, dann wandelte sie sich zu einer Art nationaler Organisation, und jetzt hat sie eine gewisse nationale Macht. Die große Frage bei dieser Wandlung ist, ob dies ein konstruktiver Vorgang ist. Ich denke, dass wir über diesen Fall nachdenken müssen. Ihr müsst darüber nachdenken, die Regierungsmacht zu gewinnen. Wenn nicht, bleibt ihr ständig eine oppositionelle Kraft, und das kann einerseits nützlich sein, andererseits kann man so aber nicht radikal Dinge verändern.

Kt, geschrieben am: 2003-08-05 21:25:54 für die Online-Dokumentation auf www.attac.de

David Harvey ist Professor für Geography an der Johns Hopkins University, New York. Ein Zusammenfassung seiner Ideen findet man unter dem Titel „GLOBALIZATION Chaos and time“ unter

http://www.sociologyonline.co.uk/global_essays/GlobalHarvey.htm

Christoph Aguiton

Demokratie und Netzwerke

(Vortrag auf der Sommerakademie 2003 von ATTAC-D in Münster)

Das Anwachsen der Wahlenthaltungen und die Krise des traditionellen politischen und gewerkschaftlichen Engagements sind in den meisten entwickelten Länder zu beobachten.

Diese Legitimitätskrise der politischen und sozialen Vertretungssysteme wird auf zwei unterschiedlichen Weisen erklärt: Eine Erklärung verweist auf die langfristigen Entwicklungstendenzen unserer Gesellschaften, insbesondere

auf die Zunahme des Individualismus; eine andere verweist auf die Brüche zwischen den Erwartungen der Wähler und der von den aufeinander folgenden Regierungen durchgesetzten Politik.

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit der Entstehung einer neuen Art der politischen und sozialen Vertretung, deren Grundlagen Netzwerke und Entscheidungen nach dem Konsensprinzip sind, also eine Art der Vertretung,, die nicht

an die Stelle früherer Verterungsarten tritt, sondern deren Legitimität schwächt.

Die globale systemkritische Bewegung, die sich in Seattle lautstark zu Wort gemeldet hat und von einer Konferenz zur nächsten stärker geworden ist, besonders anlässlich der Sozialforen von Porto Alegre, Florenz und demnächst Paris und St. Denis, ist charakteristisch für diese neue Form des Protests.

Diese globale Bewegung ist in der Lage, völlig verschiedene Komponenten in sich aufzunehmen, sowohl was die Anliegen, das zahlenmäßige Gewicht und auch die Funktionsweise betrifft: Gewerkschaften, Parteien, NGOs, informelle Bewegungen, Intellektuelle etc. Ein solcher Typ von Bündnis funktioniert nur als Netzwerk und über im Konsens getroffene Entscheidungen. Zunächst waren viele der Ansicht, dass so etwas nicht gehen würde und dass ein solches System wegen seiner Heterogenität seiner einzelnen Komponenten erlahmen und schließlich zerfallen würde. Doch die letzten Jahre haben gezeigt, dass diese Bewegung ganz im Gegensatz zu diesen Prognosen durchaus in der Lage gewesen ist, sich geographisch und sozial auszubreiten, und dass es sogar neue Erwartungen zu integrieren und auf wichtige konjunkturelle Änderungen zu reagieren in der Lage gewesen ist. Gerade jene, die nicht an ein langes Leben der Bewegung für eine andere Welt glaubten, stellten die Behauptung auf, dass sie den 11. September 2001 nicht überleben würde. So formulierte das "Wall Street Journal" in einem seiner Leitartikel im Oktober 2001: "Adieu Seattle". Doch die Bewegung ist stärker geworden und von ihr sind die umfangreichsten Mobilisierungen gegen den Krieg ausgegangen, die es je gegeben hat: Das Datum des 15. Februar 2003, an dem weltweit mehr als 10 Millionen auf den Straßen demonstriert haben, ist auf den Sozialforen von Florenz und Porto Alegre festgelegt worden.

Wenn das Funktionieren als Netzwerk für diese Bewegung des globalen Widerstandes eines der besonderen Kennzeichen ist, so findet sich dieses Prinzip auch in vielen anderen Bereichen menschlicher Aktivitäten, vor allem im Kapitalismus selbst.

In diesem Sinne erfahren die Unternehmen unter dem Zwang der neoliberalen Globalisierung eine rasche Veränderung: die "Netzwerke" zwischen jenen, welche Befehle erteilen und jenen, welche sie ausführen, werden zur Norm. Sehr hierarchisierte Netzwerke, deren Zentren sich in den Ländern des Nordens befinden, die aber einen spürbaren Bruch darstellen mit den vertikalen und integrierenden Unternehmen, wie wir sie kennen: es ist die Zeit der Unternehmen ohne Fabrikgebäude und ohne Arbeiter, nach dem Beispiel von Nike und Cisco, aber auch von Alcatel, Unternehmen, bei denen die "Marke" und das Logo wesentliche Werte darstellen. Und es sind diese Veränderungen, welche die Gewerkschaften in Anbetracht der Auslagerung der Produktionszentren in die Dritte Welt dazu gezwungen haben, Verbindungen mit den NGOs und den Bewegungen der Jugend aufzunehmen, um Kampagnen gegen Gesellschaften wie Gap oder Nike zu führen, indem sie neue Zielscheiben wie das Logo finden und Kampagnen mit moralischem Anspruch führen, die sich als sehr wirksam erwiesen haben. Diese neuen Praktiken kommen aus den Vereinigten Staaten, doch der Aufruf zum Boykott von

Danone nach den Kündigungen bei Lu zeigen, dass sie zum Allgemeingut werden.

Die internationalen Institutionen kennen ähnliche Entwicklungen. Der IWF oder die Weltbank, gegründet 1943, funktionieren nach einem Wahlmodus, bei dem der Einfluss eines einzelnen Staates von seinem finanziellen Beitrag abhängig ist. In der UNO hat jedes Land eine Stimme, aber der Sicherheitsrat und seine permanenten Mitglieder besitzen die Schlüssel dieses Systems. Die Welthandelsorganisation WTO, gegründet 1995, funktioniert anders. Auf dem Papier ist dies eine demokratische UNO: ein Land, eine Stimme, doch ohne Sicherheitsrat und auch ohne formelles Übergewicht der "Großen". Doch der hohe Preis eines Systems, in dem es für die Vereinigten Staaten oder die europäische Union unvorstellbar ist, durch eine Koalition der kleineren Länder in eine Minderheitsposition gedrängt zu werden, besteht darin, dass es keine Wahlen gibt und nie solche geben wird: der Konsens ist die Regel.

Man könnte ähnliche Entwicklungen aufzeigen in den lokalen politischen Strukturen, in denen, die der Kooperation zwischen den Gemeinden dienen, oder sogar auch in der wissenschaftlichen und technischen Welt, die, wie das Beispiel der gentechnisch behandelten Lebensmittel zeigt, auf vielfältige Erwartungen und vielerlei Druck Rücksicht zu nehmen haben.

Diese Machtzunahme der Netzwerke geht einher mit einem Legitimitäts- und Glaubwürdigkeitsverlust der traditionellen Entscheidungsstrukturen, die das System von Nationalstaaten zur Grundlage haben, und der Verfahren von Mehrheitsentscheidungen. Darauf gibt es zweierlei reaktionen: Zum einen das Hochlied auf dem Netzwerk, das eine wirkliche Teilnahme der Bürger ermöglichen würde, oder seine radikale Ablehnung, meistens im Namen der Verteidigung der „Demokratie“, womit das traditionelle politische Vertretungssystem gemeint wird.

Die Netzwerke werden auch wegen ihrer Undurchschaubarkeit, des Fehlens der Kontrolle durch die Wähler, kurz, das Fehlen demokratischer Vorgehensweisen kritisiert.

Doch was eine demokratische Vorgangsweise ist, wird öfter nicht hintergefragt!

Der Bezugspunkt ist dabei fast immer die Mehrheitsentscheidung und die repräsentative Demokratie. Eine Bezugnahme also, die vergisst, das bereits lange bevor der Einfluss der Verwaltungselite oder des Establishments in Frage gestellt worden ist, die Philosophen der Aufklärung die Ansicht äußerten, dass Wahlen stets nur zur Elitenbildung, zum Berufspolitikertum und zur Macht der Institutionen führen können. Aus diesem Grunde hat die Aufklärung dem alten Modell der Antike den Vorzug gegeben, dem Modell der Griechen und Römer, dessen Grundlage die Entscheidung durch das Los gewesen ist, ein System, das weiterhin in archaischen Formen weiter besteht, mit der Gerichtsbarkeit durch das Volk; auf dieses System wird aber auch in den Vorschlägen von hybriden Foren und Bürgerkonferenzen zurückgegriffen, die in wissenschaftlichen und technologischen Fragen Entscheidungen zu fällen haben.

Die Netzwerken gegenüber geäußerte Kritik ist also nicht immer stichhaltig, zum Beispiel ist es nicht richtig zu behaupten, im Netzwerk hätten die Experten besonders viel Macht: Dieses Problem ist kein Spezifikum des Netzwerkes, es existiert immer und überall.

Es bestehen jedoch zwei größere Probleme, die für die Funktionsweise von Netzwerken zu beachten sind.

Zunächst einmal ist das die Tatsache, dass der **Konsens** auch ausschließenden Charakter hat. Die Netzwerke können sich der Logik der Machtbeziehungen und des relativen Gewichtes seiner Komponenten nicht entziehen. Doch dies geschieht in der Befolgung anderer Regeln als bei Mehrheitsentscheidungen. Im repräsentativen System, dessen Grundlage Abstimmungen sind, hat die Mehrheit für die Lösung der Probleme der Minderheit zu sorgen, indem sie beispielsweise das Recht auf freie Meinungsäußerung garantiert. In einem Netzwerk braucht die Konsensbildung mehr Zeit, mehr "Verhandlungen" als Mehrheitsentscheidungen, und man ist sich darüber im Klaren, dass der Konsens vor allem der Konsens der wichtigsten Komponenten des Netzwerkes ist. Die Kriterien, welche die Bedeutung eines Mitgliedes des Netzwerkes bestimmen, können verschiedenartig sein, wobei auch die symbolische Bedeutung wie beispielsweise die Zugehörigkeit zu einer besonders unterdrückten Gruppe, eine besondere Rolle spielen kann.

Doch wenn der Konsens einmal gefunden ist, wehe dem Störenfried!

Die zweite Schwäche der Funktionsweise von Netzwerken ergibt sich aus der unzureichenden Sichtbarkeit seiner Entscheidungen, auch für seine eigenen Mitglieder. Das Netzwerk ist in höherem Maße **undurchsichtig** als das System der Mehrheitsentscheidung, das es erlaubt, die möglichen Entscheidungen mit größerer Klarheit darzulegen.

Der entscheidende Vorteil der Netzwerke besteht jedoch in Möglichkeit, autonom eine Initiative zu ergreifen zu können.

Im System der Abstimmungen müssen alle, wenn einmal der "allgemeine Wille" ausformuliert ist, sich danach richten und die Norm der Mehrheit gilt dann für alle. Für die Minderheiten bleibt dann lediglich die Möglichkeit, sich für die nächsten Wahlen oder den nächsten Kongress vorzubereiten, sofern es sich um eine Gewerkschaft oder eine politische Partei handelt. Zu dieser Position des Wartens kommt die Unterordnung unter vertikalen Strukturen und Direktiven hinzu. Das Abstimmungssystem löst zwei Probleme zur gleichen Zeit: Es bestimmt eine Position und es wählt die Führungskräfte - die Eliten -, die mit der Umsetzung dieser Position beauftragt ist. Man muss sich nicht wundern, dass ein solches System der Reproduktion der Eliten dient und die Herrschaft der Männer und jene des Alters absichert, mag es dazu auch Korrekturen geben wie z.B. die Parität, als Antwort auf die Proteste der Opfer dieses Systems.

In einem Netzwerk ereignen sich die Dinge nicht auf dieselbe Art und Weise. Um nochmals auf die Aktivisten einzugehen, so gilt hier, wenn eine Gruppe oder gar nur ein einzelnes Individuum etwas tun will, eine neue Kampagne zu lancieren oder eine neue Form der Aktion auszuprobieren, so tun sie das. Diese Besonderheit bedeutet für das Netz einen

offensichtlichen Vorteil. Oder kürzer gesagt, das Netzwerk bietet viel **mehr Möglichkeiten der Selbst-Emanzipation** als das System der Mehrheitsentscheidung: was die Möglichkeiten des Lernens und des Ergreifens von Initiativen betrifft, bietet das Netzwerk unvergleichliche Möglichkeiten. Das Netz erlaubt beispielsweise die Formierung von Gruppierungen auf der Grundlage des Modells des Feminismus, wie es in den Vereinigten Staaten oder auch in Europa in den 70er Jahren funktioniert hat oder auch dessen, was in den libertären Milieus des 19. Jahrhunderts Usus gewesen ist. Das Netzwerk greift ältere Formen wieder auf, erweitert ihr Aktionsfeld und verleiht ihnen neue Kräfte.

Die Entstehung von Netzwerken stört die Funktionsweise und die Traditionen der Parteien, der Gewerkschaften und der traditionellen Organisationen.

Sie sind umso mehr eine Störung, als zur gleichen Zeit die Perspektiven der sozialen Veränderung sich als verschwommener und weiter entfernt denn je erweisen und sich Verbindungen zwischen politischer, ökonomischer und sozialer Handlungsebene auflösen. Die Linke, alle ihre verschiedenen Strömungen ohne Ausnahme, hat ihr strategisches Denken und ihre politischen Perspektiven innerhalb des Systems der Nationalstaaten entwickelt, das gegen Ende des 19. Jahrhunderts auf der Basis der Liquidierung jener Periode entstand, die in Europa zwischen 1850 und 1889/1890 die Globalisierung und den freien Handel etablierte. Also ein strategisches Denken, in Übereinstimmung mit auf die Nationen ausgerichteten Wirtschaften, mit der Entwicklung eines industriellen Kapitalismus auf der Grundlage der großen taylorisierten Betriebe und mit der Entwicklung öffentlicher Dienste und zentralisierter Infrastrukturen. Noch bevor Lenin erklärte, dass der Sozialismus nichts anderes ist als "die Sowjets plus Elektrizität", verkündete Kautsky, der Theoretiker der II. Internationale, dass "der Sozialismus die Verwaltung der Eisenbahnen auf gesellschaftlicher Stufe ist".

Die Entstehung der Netze läuft parallel zur Globalisierung der Wirtschaften und zur relativen Schwächung - die amerikanische Intervention im Irak erinnert eben daran! - der Rolle der Nationalstaaten.

In Anbetracht dieser Umwälzungen wird die Linke mit zwei Risiken konfrontiert: mit jenem der Sehnsucht nach früheren Modellen und jenem der Anpassung an den liberalen Kapitalismus, im Namen der Unausweichlichkeit der Globalisierung und der Notwendigkeit der europäischen Einheit.

Doch im Zuge der nun ablaufenden Veränderungen, von den die entstehenden Netzwerke ein Teil sind, zeigt sich ein völlig neuartiger Bruch mit der Logik des kapitalistischen Profites.

Das Auftauchen und die Entwicklung frei verfügbarer Programme, wie z.B. des Betriebssystems Linux, nimmt derartige Ausmaße an, dass Microsoft eine Gegenoffensive lanciert gegen das, was als "das Krebsgeschwür der Innovation in der kapitalistischen Wirtschaft" beschrieben wird und die Ausweitung des Patentrechtes auch auf die Erstellung von Programmen durchzusetzen sucht. Diese Programme werden ohne Entgelt von einer Gemeinschaft von teils professionellen teils nichtprofessionellen

Konstrukteuren auf dem Laufenden gehalten und verbessert - auf der Grundlage des freien Gebens, der Freude an Innovation und Kreation, der Kultur der Unentgeltlichkeit - , welche bei radikaler Ablehnung jeder Art von staatlichem Zwang und dirigistischer Planung auf internationaler Ebene tätig ist.

Für Proudhon lief der Kampf gegen den Kapitalismus über die Verteidigung von Genossenschaften und Kooperativen, aber auch des Handwerks und des Kleinbesitzes gegen die industrielle Konzentration. Und später haben die Theoretiker der II. Internationale den Sozialismus in Abhängigkeit von den technischen und sozialen Entwicklungen ihrer Epoche konzipiert, wie eben schon erwähnt worden ist.

Die Entwicklung frei verfügbarer Programme reiht sich in dieser Entwicklung ein. Sie bietet ein völlig anderes Modell des Bruches mit dem Gesetz des Profites, in Verbindung mit den Technologien von heute, die gleichzeitig auch jene sind, gemeinsam mit dem Internet und den Technologien der Kommunikation, die eine Ausweitung der Netzwerke erlauben. Ein auf eine offene Welt abgestimmtes Modell, das nationale Beschränktheiten und dirigistische Reglementierungen von sich weist. Ein Bruch, der offensichtlich nicht der Gesamtheit der sozialen Bedürfnisse entspricht - wir werden natürlich immer eine Verwaltung der Eisenbahnen brauchen und auch eine für die Schule, wo der Rolle der Lehrer mehr Bedeutung zukommen dürfte, der aber

zeigt, dass sich die Alternative nicht auf den Gegensatz von Planwirtschaft versus Marktwirtschaft beschränkt.

Doch die Entwicklung frei verfügbarer Programme ist auch aus einem anderen Grunde von Interesse, wie die politische Aktualität zeigt. Es ist dies eines der Felder, wo der Kampf um das geistige Eigentum geführt wird, parallel zu jenem über die nicht mehr lizenzierten Medikamente oder die Patentierung von lebenden Organismen. Und das Risiko ist groß, zusehen zu müssen, wie die in Europa Verantwortlichen, allen voran Pascal Lamy, dazu bereit sind, eine Verschärfung der Gesetze über geistiges Eigentum zu akzeptieren, das sowohl für die Länder des Südens wie auch für die Befürworter eines genossenschaftlichen Internets und frei verfügbarer Programme eine gefährliche Vorgabe wäre.

Zur Zeit der Netzwerke über die Demokratie nachzudenken und gleichzeitig auch über einen anderen Bruch mit der Logik des kapitalistischen Profites sind zwei wichtige Vorhaben, die nach einer Vision verlangen, an der politische Aktivisten, Forscher und Verantwortliche in Vereinigungen und Gewerkschaften gemeinsam arbeiten müssten.

Kontakt zum Autor: aguiton@ras.eu.org

Übersetzung: Otto NIGSCH, Yan-Christoph PELZ

Thomas Seibert

The People of Genova **Plädoyer für eine post-avantgardistische Linke**

Der folgende Beitrag geht methodisch von drei Voraussetzungen aus.

Erstens weiß auch ich, wie leicht sich lächerlich macht, wer unter den gegebenen Bedingungen strategische Fragen sozialer Bewegung erörtert. Immerhin ist seit dem 11. September 2001 vor dem Hintergrund einer sich rapide verschärfenden Funktionskrise des globalen Kapitalismus ein räumlich und zeitlich unbegrenzter Krieg erklärt, der sich prinzipiell gegen alles richtet, was irgend zum »Sicherheitsrisiko« werden könnte. Damit ist der mehr oder minder plötzliche Übergang in ein Regime nicht ausgeschlossen, unter dem vieles von dem Makulatur werden kann, was gegenwärtig das Möglichkeitsfeld politischen Handelns umgrenzt. Man muss das nicht dramatisieren und sollte trotzdem auf vieles gefasst sein, was noch vor zwei, drei Jahren der Sciencefiction zugeschlagen worden wäre. Weil die Theorien des Postfordismus und des Empire sich ausdrücklich auf solche Umbrüche einstellen, ist ihre Nennung keine gelehrte Anspielung.

Mit ihr wird die zweite Voraussetzung aufgerufen: Dass die Räume, in denen soziale Bewegung momentan ihre Möglichkeiten sucht und findet, durch eine Restrukturierung kapitalistischer Herrschaft geschaffen werden, die erstmals im vollen Sinn des Wortes von globalem Ausmaß ist und deshalb strukturell auf »Weltordnung« zielt. Das hat offensichtlich Konsequenzen gerade für soziale Bewegung, nicht zuletzt die, sich auch auf dieser Seite der

weltgesellschaftlichen Antagonismen auf Neuerungen einzustellen, die noch vor kurzem für unmöglich gehalten worden wären.

Die dritte Prämisse dieses Textes besteht dann aber darin, trotzdem nicht alles für überholt zu halten, was früher Voraussetzung linker Praxis war. Dazu gehört neben einigem anderen die Differenz zwischen sozialen Bewegungen einerseits und der politischen Linken andererseits. Diese einst banale Unterscheidung haben viele Linke aufgegeben, hier soll sie neu zur Geltung gebracht werden, in analytischer und strategischer Hinsicht. Da andererseits nicht bestritten wird, dass für die Kritik traditioneller Avantgardekonzepte und die grundsätzliche Anerkennung der Autonomie sozialer Bewegung zwingende Gründe vorliegen, ist die hier vertretene Position eine post-avantgardistische.

Das Ende der 90er Jahre

Den gegebenen Stand sozialer Bewegung bestimmen zu wollen, führt noch immer in die 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts zurück. Damals bricht nach einer Jahr für Jahr härteren Gangart in der west-östlichen Systemkonkurrenz und einem nach Hunderttausenden zählenden Massenexodus der sowjetisch dominierte Staatenblock in sich zusammen. Binnen kurzem wird klar, dass damit nicht nur der real

existierende Sozialismus, sondern die gesamte historische Epoche zum Abschluss gekommen war, die 1917 mit der Oktoberrevolution eröffnet wurde. Nahezu in Monatsfrist sackten politische Formationen, die kapitalistischer Herrschaft wenn nicht antagonistisch so doch begrenzend entgegengetreten waren, wie Kartenhäuser in sich zusammen. Das betraf nicht nur die realen Sozialismen und die zum Teil traditions- und einflussreichen Parteien und Gewerkschaften, die ihnen im Westen verbunden waren, sondern auch die europäische Sozialdemokratie, die aus den anticolonialen Kämpfen hervorgegangenen Entwicklungsstaaten und die Befreiungsbewegungen, die noch in direkter Konfrontation mit neo-kolonialen Regimen standen. An ihr Ende kommen damals auch die in den 60er und 70er Jahren entstandenen Neuen Sozialen Bewegungen der Metropolen und die ihnen verbundene Neue Linke.

Dass der Abbruch dergestalt bis auf den Grund ging, resultierte natürlich nicht allein aus dem Ende der Systemkonkurrenz. Umgekehrt war dieses selbst schon eine Folge der tief greifenden Umwälzung des Kapitalismus, die hier mit den Begriffen des Postfordismus und des Empire belegt wird. Zu ihr gehört die mit dem Einsturz des realsozialistischen Blocks in tatsächlich globaler Dimension erreichte De-Regulierung der internationalen Waren-, Kapital-, Arbeits- und Dienstleistungsmärkte, die zum Rahmen eines systematischen Einsatzes der neuen informationstechnologischen Produktivkräfte und der damit einhergehenden Internationalisierung der Arbeitsteilung wurde. Das seiner nationalstaatlichen Beschränkungen weitgehend entledigte Kapital folgte dabei konsequent der gleichermaßen seiner Verwertung wie seiner strukturellen Krise zugrunde liegenden Tendenz, sich im Ausgriff auf den Weltmarkt von der Widerspenstigkeit der Arbeitskraft zu befreien. Unter der schrittweise durchgesetzten Dominanz der auf den Produktions- und Reproduktionsprozess im Ganzen bezogenen »immateriellen« (symbolische, affektive und soziale Dienstleistungen erzeugenden) Arbeit wurde die »materielle« (rohstoffgewinnende und Agrar- oder Industriegüter erzeugende) Arbeit in den Metropolen erheblich reduziert und unter dem Druck der Massenerwerbslosigkeit und durch systematische Verlagerung in die Peripherien massiv entwertet. In der Folge kündigte das Kapital sukzessive die metropolitanen Klassenkompromisse auf und weitete die in den Peripherien flächendeckend durchgesetzte Prekarisierung und Pauperisierung der Arbeitskraft auch auf seine Zentren aus. Dabei gelang es ihm, die in den Revolten gegen koloniale und traditionale Herrschaft, gegen den bürokratischen Staat der realsozialistischen Regime und gegen die fordistische »Industrie- und Konsumgesellschaft« artikulierten sozialen Bedürfnisse für seine Umgestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen produktiv zu machen. Gerade damit aber liefen die Traditions- wie die Neue Linke und die anticolonialen Befreiungsbewegungen strategisch ins Leere und unterlagen so der Gegenoffensive neoliberaler Ideologie, mit der die Umbrüche gerechtfertigt wurden.

Tatsächlich dauerte diese tief greifende Depression nur wenige Jahre. Denn schon Mitte der 90er Jahre kommt es neuerlich zu sozialen Revolten, solchen der ArbeiterInnenbewegung etwa in Frankreich und Korea, solchen anderer sozialer Bewegungen in Lateinamerika, Indien und anderswo. Wirklich sichtbar wurden diese allerdings erst nach Seattle, d.h. erst nach einem allgemeinen Protest gegen

die globale Restrukturierung kapitalistischer Herrschaft, der als solcher auch vorgetragen und wahrgenommen wurde. In Seattle initiierte eine Regenbogenkoalition aus wenigen erklärtermaßen linken oder gar linksradikalen Kernen, Gewerkschaften, NGOs, kirchlichen Gruppen, umwelt-, sozial- und entwicklungspolitischen Verbänden sowie – erstmals seit Jahren wieder! – einer Vielzahl von jungen Menschen, was sich schnell weltweit als »globalisierungskritische Bewegung« ausbreitete. Deren Eigenart wurde bald im Begriff der »Bewegung der Bewegungen« (Mezzadra/Raimondi) gefasst und gewann in den »Welt-Sozialforen« von Porto Alegre und den Massendemonstrationen von Prag, Göteborg und schließlich Genua bald eine deutlichere Kontur.

The People of Seattle and Genova

Der spezifische Unterschied der globalisierungskritischen zu früheren sozialen Bewegungen liegt vornehmlich in zwei Momenten. Zum einen hat noch keine Bewegung in einem ebenso programmatischen wie organisatorischen Internationalismus bereits ihren Ausgangspunkt gefunden – auch für die ArbeiterInnenbewegung war die politische Form der Internationale stets ein Ziel, das erst erreicht werden sollte.

Zum anderen hat noch keine Bewegung so entschieden die eigene heterogene Zusammensetzung bejaht – wenn überhaupt, wurde Pluralität bisher als etwas hingenommen, das auf dem Weg der »Vereinheitlichung« letztendlich überwunden werden sollte. Das Potenzial dieser produktiven Bejahung von Pluralität lässt sich in exemplarischer, aber nicht zu verallgemeinernder Weise in Italien erfahren. Hier reicht die lokal, regional und national über autonome »Soziale Foren« koordinierte Bewegung vom linken Rand des sozialliberalen »Ulivo«-Bündnisses und dem Spektrum der NGOs, umwelt-, sozial- und entwicklungspolitischen sowie kirchlichen Verbänden über die postkommunistische und die autonome Gewerkschaftsbewegung (CGIL bzw. Cobas), die aus der zerfallenen *Partito Comunista Italiano* (PCI) hervorgegangene *Partito Rifondazione Comunista* (PRC) bis zum selbst wieder vielfältigen Feld der autonom organisierten *Disobbedienti* (»Ungehorsamen«). Letztere sind über lokale, zum Teil in alten Fabriken untergebrachte *Centri Sociali* organisiert, die sozio-kultureller, ökonomischer und politischer Treffpunkt nicht nur der radikalen Linken, sondern auch der Jugendlichen, Erwerbslosen und MigrantInnen sind.

Der diese Strömungen umgreifende Pluralismus erschöpft sich aber gerade nicht in ihrem solidarischen Zusammenhang als solchem. Entscheidend ist vielmehr, dass jede einzelne Strömung für sich mehr oder minder tief greifende Veränderungen durchläuft, für die die Offenheit zu den anderen Strömungen von zentraler Bedeutung ist. So entwickelt sich *Rifondazione* gegenwärtig von einer Partei leninistischer Herkunft zu einer Partei, für deren Politikverständnis die Anerkennung der Autonomie sozialer Bewegungen grundlegend ist. Die so verstandene »Neugründung« bewährt sich bezeichnenderweise im offenen Austausch maßgeblicher Teile der Partei und vor allem ihrer Jugendorganisation *Giovani Comuniste/i* mit der autonomen Linken. Wer die Geschichte der italienischen Sozialrevolten der 70er Jahre erinnert, ahnt, was dabei

gewonnen werden könnte: War es doch gerade die nach Regierungsbeteiligung strebende PCI, die der brutalen staatlichen Repression gegen die zur Massenbewegung anwachsende *Autonomia* offen zuarbeitete und damit unmittelbar für die Eskalation der militanten Auseinandersetzungen 1977/78 verantwortlich war. An deren Ende verloren die gründlich diskreditierte PCI und die militant verhärtete *Autonomia* ihren bis dahin erheblichen gesellschaftlichen Einfluss und ebneten so der postfordistischen Restrukturierung den Weg.

Im Pluralismus wie im Internationalismus der Bewegung der Bewegungen reflektiert sich dergestalt das relative Scheitern sämtlicher antikapitalistischen Projekte. Weil sich ihre globalisierungskritische Form primär aus einer Niederlage bestimmt, stellen Pluralismus und Internationalismus natürlich auch die wesentlichen Probleme, an deren Bewältigung sich das Schicksal dieser Bewegung entscheiden wird. Werden die sozialen Bewegungen der Metropolen wie der Peripherien ihren spontan hergestellten Zusammenhang erweitern, vertiefen und bewahren und sich dergestalt gerade in ihrer Pluralität radikalieren können? Wird die zunächst nur anti-neoliberale Globalisierungskritik dabei einen den neuen Bedingungen angemessenen Anti-imperialismus ausbilden? Kann sie aus der Niederlage der ihr vorangegangenen sozialen Bewegungen heraus zur weltgesellschaftlichen Gegenmacht werden und dabei der Gefahr entgehen, sich in einen globalisierten »Gesellschaftsvertrag« einbinden zu lassen, der dem heraufziehenden Empire die Legitimität verschafft, die ihm heute fehlt? Kann also die Bewegung der Bewegung aus ihrem pluralistisch-internationalistischen Aufbruch heraus die Scheinalternativen unterlaufen, in denen sich frühere Bewegungen verfangen haben: die von Reform vs. Revolution, Repräsentation vs. Autonomie, Organisation vs. Bewegung, »Massenlinie« vs. Militanz und schließlich zwischen kurz- und langfristiger Orientierung auf beiden Seiten des Entweder-Oder?

Dafür spricht, dass die Bewegung ihre Dynamik von Seattle bis zum globalen Antikriegstag am 15. Februar 2003 steigern konnte, obwohl sie in Genua einer brutalen Repression ausgesetzt wurde, die gezielt ihren Pluralismus treffen sollte. Dafür spricht weiter, dass sich die Bewegungen auch unter den Bedingungen des nach dem 11. September massiv verschärften globalen Polizeikriegs nicht haben spalten lassen. Dessen Ziel liegt erklärtermaßen darin, jeden Widerstand gegen die imperial(istisch)e Herrschaft wenn nicht zu unterbinden so doch in der Defensive zu halten. In der aber verharren die Bewegungen mindestens so lange, wie nicht der Übergang zur Infragestellung nicht bloß der krisenhaften oder katastrophischen »Auswüchse«, sondern der Voraussetzungen und Grundlagen der gegenwärtigen Weltordnung gelungen ist. Denn während das Mobilisierungspotenzial – wie am 15. Februar von über zehn Millionen DemonstrantInnen in über 600 Städten bzw. über 50 Ländern eindrucksvoll unter Beweis gestellt – sprunghaft steigt, zeigen sich vor Ort Anzeichen einer bürokratischen Stagnation im Organisationsprozess. Davon sind auch die Sozialforen betroffen, in denen die Bewegungen erste Räume des offenen Austauschs und der produktiven Koordination ihrer Differenzen gefunden haben. Insofern hängen die Vertiefung und Verstärkung der Widerstände gerade vom

Erfindungsreichtum und Gebrauchswert dieses Prozesses ab: Er ist das Medium, in dem sich alle Strömungen der Bewegung so weit verändern können, dass sie den Scheinalternativen entkommen, deren entgegengesetzte Optionen je für sich stets in Sackgassen führen.

Deutsche Zustände

Zur Pluralität der Bewegung der Bewegungen gehört, dass ihre Dynamik regional starke Unterschiede aufweist. Das gilt im globalen Vergleich, wo die lateinamerikanischen Prozesse sicherlich die höchste Intensität erreicht haben, es gilt aber auch innerhalb der Metropolen und Peripherien. In der Europäischen Union haben die Bewegungen ihren schwächsten Stand zweifelsohne in Deutschland. Historisch resultiert dieser Rückstand noch immer aus der »volks-gemeinschaftlichen« Ausrichtung der repressiven wie der ideologischen deutschen Staatsapparate, d.h. aus der nahezu vollständigen Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung, ihrer politischen Linken und der intellektuellen und subkulturellen Dissidenz durch den Nationalsozialismus.

Deren wesentlicher Ertrag war die bis heute fortwirkende autoritäre Homogenisierung der deutschen Gesellschaft auf der Grundlage eines mit Gewalt, materiellen Zugeständnissen und ideologischer Einbindung hergestellten Klassenkompromisses. Von der historischen Kontinuität einer spezifisch volksgemeinschaftlichen Vergesellschaftung ist dabei insofern zu sprechen, als die nationalistisch grundierte Loyalität von rund zwei Dritteln der deutschen Gesellschaft und die auf sie gestützte Niederhaltung der sozialen Widerstände die nie nachhaltig erschütterte Geschäftsgrundlage auch der beiden Nachfolgestaaten des Dritten Reiches war. Natürlich haben die postnazistischen Staatsapparate den ideologischen und institutionellen Zuschnitt der volksgemeinschaftlichen Vergesellschaftungsprozeduren unter den Bedingungen der Systemkonkurrenz und im Versuch ihrer »Vergangenheitsbewältigung« mehrfach modifizieren müssen. Ihr Erfolg erklärt sich darüber hinaus aus der steten Erhöhung der materiellen und symbolischen Zugeständnisse an die subalternen Sektoren ihrer Gesellschaften.

Nachdem der deutsche Konsens in den 60er und 70er Jahren trotzdem zunehmend unter Druck geriet, festigte sich die Massenloyalität seit den 80er Jahren durch die sukzessive Einbindung von Teilen der Neuen Sozialen Bewegungen in seine postfordistische Modernisierung und dann noch einmal mit dem nationalen Back-lash der Wiedervereinigung zur erneut stabilen Zwei-Drittel-Mehrheit. Der einigende Vektor des wiederhergestellten volksgemeinschaftlichen Zusammenhalts verschob sich dabei von allerdings stetig mitlaufenden völkischen Motiven auf die wohlfahrtschauvinistische Hegemonie einer als Modernisierungselite ausgezeichneten »Mitte«. Deren Bindungskraft erklärt sich nur scheinbar paradox aus ihrem Zusammenhang mit der Rücknahme des Klassenkompromisses und der Auflösung fordistischer Sozialmilieus im Individualisierungsschub der postfordistischen Produktionsweise: Die »Mitte« sammelt die Gewinner der forcierten Überlebenskonkurrenz, und zu denen wollen gerade die gehören, denen fortlaufend etwas genommen wird.

Verstärkt wurde dieser Prozess nach dem Wahlsieg der rotgrünen Koalition 1998. Damals fiel die politische Führung

des gesamtdeutschen Wettbewerbsstaats einem Personal zu, das biographisch für sich in Anspruch nimmt, in der Modernisierung kapitalistischer Vergesellschaftung die Revolten der 60er Jahre zu vollenden und deshalb auch zum imperialen Mandat legitimiert zu sein. Die zum Teil perfide legitimierte »Wenden« der rotgrünen Modernisierungselite führten nach dem bereits Anfang der 90er Jahre erfolgten Zusammenbruch der radikalen Minderheitsströmung der Neuen Linken und der Neuen Sozialen Bewegungen zur Demoralisierung ihrer staatsreformistischen Mehrheitsströmung. Von keiner relevanten Opposition angefochten setzt die »Berliner Republik« seither die von der christdemokratischen Rechten eingeleitete Umkehr der militärischen Niederlage des Nationalsozialismus im erneut mit Waffengewalt artikulierten Anspruch politischer Dominanz nach außen fort und kündigt im Innern noch die letzten Reste des fordistischen Klassenkompromisses. Stabilisiert sich die nach den rotgrünen Wahlniederlagen der jüngsten Zeit eingeleitete Bildung einer den christdemokratisch-liberalen Rechtsblock einschließenden informellen All-Parteien-Koalition, wird sich der metaphorische Überschuss in der Rede von der sich durchhaltenden Volksgemeinschaft weiter reduzieren – solange jedenfalls, wie der gegenwärtige Bewegungsaufbruch die »Zitadellenkultur« (O. K. Werckmeister) des deutschen Konsenses nicht zu schleifen vermag.

Während die italienische Bewegungsdynamik im Austausch zwischen sich rapide radikalierenden Gewerkschaften, der *Rifondazione* und der bis in die »gemäßigten« Sektoren ausstrahlenden *disobbidienza sociale* bestimmt wird, bildet in Deutschland das (in Italien bezeichnenderweise nahezu irrelevant) Attac-Netzwerk noch immer den Fokus globalisierungskritischer Bewegung. Nachdem die auf wenige institutionalisierte Kerne zusammengeschrumpfte Friedensbewegung am 15. Februar in Berlin über eine halbe Million und an anderen Städten mehrere zehntausend DemonstrantInnen mobilisieren konnte, erweitert deren Potenzial den bisher von Attac umgrenzten Horizont möglichen sozialen Widerstands. Soll dieser nach Jahren des Rücklaufs erstmals wieder antagonistische Qualitäten entwickeln, müssen allerdings die spezifischen Schwächen der historischen Friedensbewegung bald überwunden werden: ihre primäre Orientierung an der Mehrheitsgesellschaft und ihre gerade im Konflikt zwischen der Schröder- und der Bush-Regierung sichtbare relative Funktionalität für den deutschen Imperialismus. Beides artikuliert sich in Teilen der Bewegung als strukturelle deutschnationale und antiamerikanische Versuchung. Eine Desorganisation der tendenziell totalitären Einheit der deutschen »Mitte« ist aber nur in einer Verbindung von Anti-Kriegs- und sozialer Opposition zu erreichen, mit der ein Widerstand gegen den globalen Polizeikrieg zum Widerstand auch gegen die »alteuropäische« Variante imperialer Weltordnungspolitik und darüber hinaus gegen die gesamte postfordistisch restrukturierte Arbeitsteilung werden könnte. In der spontanen Vernetzung zwischen der Friedens- und der globalisierungskritischen Bewegung ist eine solche Verbindung als Möglichkeit angelegt – als Möglichkeit, nicht mehr und nicht weniger. An diesem Punkt kommt alles auf eine im genauen Sinn des Wortes linke Intervention in der Bewegungsdynamik an. Diese hätte die Radikalisierungspotenziale aller Strömungen der Bewegung freizusetzen und

gegen die von innen wie von außen ansetzenden Versuche ihrer Brechung zu kehren. Doch leider spiegelt sich bis jetzt jedenfalls die Schwäche der Bewegung in der Schwäche ihrer politischen Linken.

Die Linke? Welche Linke?

Dass radikale Linke mit personalisierenden moralischen Protesten gegen den Krieg und der fiskalischen Bändigung des Kapitals mittels Tobinsteuer und Schließung von Steueroasen nicht zufrieden zu stellen sind, versteht sich von selbst. Insofern werden die gängigen linken Distanzierungsformeln von der »verkürzten Kapitalismuskritik«, dem »etatistischen Politikverständnis« und der um jeden Preis auf Breite zielenden Bündnispolitik der Friedensbewegung wie des Attac-Netzes grundsätzlich zu Recht vorgetragen. Nicht abwegig zugleich die Skepsis, es bei Attac nur mit einer massenmedial inszenierten Einhegung der sozialen Bewegung zu tun zu haben, die zu repräsentieren das Netzwerk sich anmaßt. Dies um so mehr, als Attac wie die Friedensbewegung maßgeblich von AktivistInnen getragen werden, die sich von ihrer früheren oder noch fortgesetzten Mitgliedschaft in SPD, Bündnis 90/Die Grünen oder DKP eine gefestigte staatsreformistische Ideologie bewahrt haben. Verstärkt wird der Wunsch nach Distanzierung auch von den in Linksruck und ähnlichen Gruppen organisierten Verfallsformen eines trotzkistischen Entrismus, der die Radikalisierungspotenziale der Bewegung für seine stockautoritäre Sektiererei nutzen will. Noch einmal vertieft wird das linke Unbehagen an der Globalisierungskritik angesichts der in den Bewegungen wirkenden reaktionären Ressentiments, die immer wieder nationalistisch, rassistisch oder antisemitisch artikuliert werden. Alle linken Vorbehalte kommen schließlich in einer Reserve gegenüber der wichtigsten Aktionsform der Bewegungen zusammen, der in Planung und Durchführung unvermeidlich autoritären Massenmobilisierung von Event zu Event.

Allerdings versieht sich auch die in ihrer Distanzierung verharrende und mehr noch eine sich in ihrer Distanz einrichtende linke Kritik am Radikalisierungspotenzial der Bewegungen. In ihrer Fixierung auf die staatsreformistischen Forderungen der Organisation bzw. vieler ihrer AktivistInnen verkennen diese Linken, dass der emanzipatorische Gehalt einer sozialen Bewegung zunächst nicht in den subjektiven Äußerungen und Einstellungen ihrer Teilnehmer, sondern in der objektiven Dynamik ihres Aufbruchs und deren Wirkung auf die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse liegt. Ähnlichen Fehleinschätzungen waren früher bereits die Neuen Sozialen Bewegungen und die ArbeiterInnenbewegung ausgesetzt: Auch hier verkannte eine bestimmte Form ultralinken Kritik die Dynamik der Bewegungen, weil es deren AktivistInnen »nur« um materielle, juristische oder symbolische Verbesserungen ihrer sozialen Position ging.

Gegen einen auch damals schon auf »kritische Kritik« bornierten Pseudoradikalismus führten Karl Marx und Friedrich Engels ihre strategische Grundeinsicht ins Feld, nach der es sich in der Einschätzung der ArbeiterInnenbewegung zunächst gar nicht darum handelt, »was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat sich einstweilen vorstellt«. Dessen »geschichtliche Aktion« resultiere gerade nicht aus dem Bewusstsein der einzelnen Proletarier, sondern sei in der antagonistischen

gesellschaftlichen »Lebenssituation« des gesamten Proletariats »unwiderruflich vorgezeichnet« (Marx-Engels Werke, Bd. 2, S. 38). Weil sie andererseits wussten, dass diese »Lebenssituation« zunächst nur über ideologische Einstellungen erschlossen wird, die von der nationalstaatlichen Verfassung bürgerlicher Gesellschaft vorgegeben werden, setzten Marx und Engels der tendenziell elitären Praxisferne der »kritischen Kritik« die avantgardistische Rolle einer in der Bewegung intervenierenden politischen Linken entgegen. Im *Manifest der Kommunistischen Partei* (1848) umrissen sie diese Rolle wie folgt: »Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den andern Arbeiterparteien. Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen. Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen. Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, dass sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, dass sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten. Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus« (Marx-Engels Werke, Bd. 4, S. 475).

Der Rekonstruktion einer so verstandenen politischen Linken im Kontext der globalisierungskritischen Bewegungen steht allerdings zunächst einmal die katastrophale Geschichte der historischen Avantgarden entgegen, in der die »führende Rolle« kommunistischer Partei- und Staatsapparate zur Legitimation noch des furchtbarsten Terrors erhalten musste. Aufzuarbeiten und anzuerkennen bleibt darüber hinaus der historische Bruch zwischen der »alten« ArbeiterInnenbewegung und den Neuen Sozialen Bewegungen, in dem Feminismus, subkulturelle Dissidenz und ökologische Kritik offen legten, dass und wie die ArbeiterInnenbewegung und ihre politische Linke spezifische Formen patriarchaler und technologischer Herrschaft nicht nur ausgeblendet hatten, sondern selbst an ihnen partizipierten.

Grüne, Autonome, Antideutsche

Die Rekonstruktion einer politischen Linken muss allerdings umgekehrt auch den spezifischen Antikommunismus der letzten zehn Jahre überwinden, der nicht mehr die Dämonisierung der kommunistischen Alternative betrieb, sondern bereits deren historische Möglichkeit verleugnete. Diese Verschiebung im Antikommunismus führt bis in die Geschichte der Neuen Linken zurück, die in der Folge des Rücklaufs sozialer Bewegung seit den 70er Jahren nicht zu einer adäquaten Kritik der eigenen Irrtümer kam. Damals schlug sich das Scheitern avantgardistischer Politikvorstellungen, die aus der Geschichte abstrakt auf die eigene Praxis übertragen wurden, in einer ebenso abstrakten Verwerfung auch jeder kritisch an die historische Erfahrung anschließenden Praxis nieder. Von ihr aus bestimmte sich in

den 80er Jahren die politische Entwicklung der Grünen wie der Autonomen. Im Wunsch nach einem Neuanfang nur aus eigener Erfahrung ersetzten die beiden Erben der Neuen Linken die theoretische Praxis durch eine Empirie der Realpolitik einerseits und eine Empirie der reinen Gesinnung andererseits. Konsequenterweise ebneten sie dabei den Unterschied zwischen sozialen Bewegungen und ihrer politischen Linken so weit ein, dass sie sich letzten Endes selbst mit »der« Bewegung identifizierten: die einen, um sie parlamentarisch zu vertreten, die anderen, indem sie sich nur noch auf sich selbst bezogen, weil sie außerhalb der eigenen »Szene« gar keine Bewegung mehr wahrnahmen. Obwohl sich Grüne und Autonome rasant auseinander entwickelten, überdrehten sie je auf ihre Weise die antiautoritäre Konzeption einer »Politik in erster Person« in einen Subjektivismus, der sich bald auf das ihm realpolitisch oder subkulturell Mögliche reduzierte und sich so im Bestehenden einrichtete.

Die Integration der Grünen und das Verschwinden der Autonomen führten dann zwar zu einer Rückwendung zur theoretischen Praxis bei der in Opposition zur deutschen Wiedervereinigung entstandenen »antinationalen« Linken der 90er Jahre. In ihrer strukturellen Marginalisierung hatten die Antinationalen aber kaum die Chance, sich das schon den Autonomen und Grünen verloren gegangene Spezifikum linker Theorie wieder anzueignen: den Vorgriff auf die nie gegebene, sondern immer erst herzustellen und deshalb stets prekäre Einheit von theoretischer und organisierender Praxis. Die nahezu ausschließlich publizistische Tätigkeit der Antinationalen beschränkte sich deshalb auf die oft polemisch zugespitzte Kommentierung sozialer Bewegung, deren AktivistInnen und Aktionen sie im Stil der »kritischen Kritik« von außen, der Tendenz nach aber eben von oben bewertete. Was bei der antinationalen Strömung noch eine verständliche Reaktion auf das Scheitern der Neuen Linken und das imperial(istisch)e Coming-out der Berliner Republik war, steigerte der »antideutsche« Subjektivismus schließlich zur elitären Selbstüberhöhung. Konsequenterweise schlug sich die Antideutschtümelei spätestens nach dem 11. September offen auf die Seite imperial(istisch)er Herrschaft und vollzog damit in paradoxer Wende den Weg der rotgrünen Modernisierungselite nach. Tatsächlich ist die von den Antideutschen auf die Spitze getriebene elitäre Distanzierung von der Bewegung nur das Gegenstück zur distanzlosen Identifikation der Autonomen mit der Bewegung: Beide Positionen enden in reiner Selbstbezüglichkeit und erweisen sich darin als zwei Seiten desselben ultralinken Fehlers.

Avantgardismus ohne Avantgarde

Unter diesen Umständen kann die Freisetzung der Radikalisierungspotenziale globalisierungskritischer Bewegung nur gelingen, wenn sie sich selbst die Linke schafft, die diese Möglichkeit zu ihrer eigenen macht. Dazu gehört vor allem eine Neubestimmung des notwendigen Zusammenhangs wie des nicht einfach zu überspringenden Unterschieds von sozialer Bewegung und politischer Linken und zugleich die realistische Einschätzung ihrer Bedeutung. Denn obwohl sich das emanzipatorische Potenzial einer sozialen Bewegung letztlich nur mit der Ausbildung ihrer Linken entfaltet, hängen an ihr weder der Aufbruch noch der

jederzeit mögliche Niedergang der Bewegung. Umgekehrt aber entscheidet sich das historische Schicksal einer Linken stets am Schicksal der Bewegung, deren »praktisch entschiedenster, immer weitertreibender Teil« sie Marx und Engels zufolge sein muss.

Klar ist zugleich, dass die Rekonstruktion einer politischen Linken nach dem Scheitern aller historischen Avantgardeorganisationen von dem Satz des *Manifests* ausgehen muss, demzufolge die Linke gegenüber ihrer Bewegung gerade »keine besondere Partei« bildet. Weil der »entschiedenste« Teil der Neuen Linken diese Kritik gegenüber der Sozialdemokratie, dem Parteikommunismus und dem antikolonialen Befreiungsnationalismus im Prinzip bereits geleistet hat, kann an diese Erfahrung angeknüpft werden. So hat die antiautoritäre und undogmatische Strömung der Neuen Linken zwar die Notwendigkeit eines organisierten Avantgardismus anerkannt, in Abwendung vom Leninismus aber darauf bestanden, dass der nicht von außen an die Bewegung herantreten darf, sondern sich aus ihr entwickeln, folglich von Beginn an mit ihr verbunden sein muss. Sie hat zugleich nach Wegen gesucht, einer bürokratischen Erstarrung des Organisationsprozesses auszuweichen. Deshalb hat sie den »demokratischen Zentralismus« ebenso abgelehnt wie die überkommene Trennung von Partei-, Gewerkschafts- und sozio-kultureller Organisation. Sie hat schließlich in einer zu den Spaltungslinien von Herrschaft, Ausbeutung und Subjektivierung quer liegenden Verschränkung der politischen Aktion mit dem eigenen Alltagsleben ihren historisch neuen Ansatzpunkt gesucht.

Die Suche wurde abgebrochen, weil die postfordistische Umwälzung kapitalistischer Vergesellschaftung die Neuen Sozialen Bewegungen und ihre Linke überholte und damit der Initiative beraubte. Wie lässt sich diese Initiative im Kontext der globalisierungskritischen Bewegung wieder finden, der zugleich der Kontext eines imperial verfassten Kapitalismus ist? Wie und woraufhin muss der globalisierungskritische Internationalismus und Pluralismus radikalisiert werden, um die postfordistische Auflösung

formierter sozialer Milieus emanzipatorisch zu wenden, auch und gerade die Auflösung der traditionellen ArbeiterInnenklasse? Wie können die Bewegungen die rassistischen und sexistischen Spaltungen unterlaufen, die gleichzeitig immer neue soziale Milieus voneinander abgrenzen und gegeneinander setzen? Wie kann ihnen das gelingen, wenn der imperiale Polizeikrieg Disziplin und Kontrolle in jeden Bereich dieses Alltags einschreibt und den sozialen Widerstand dabei von seinen Möglichkeiten zu trennen versucht? Wie können die Bewegungen also gerade ein zugleich globalisiertes und radikal vereinzelt Alltagsleben zum Möglichkeitsspielraum ihrer Autonomie machen, ein Alltagsleben, das nicht nur in seiner Arbeits-, sondern auch in seiner »Freizeit« dem Kapitalkommando unterworfen ist? Wie kann dabei das von den ideologischen Staatsapparaten gezielt abgedrängte historische Wissen der vergangenen sozialen Bewegungen und vergangener politischer Linken erinnert, verbreitet und produktiv gemacht werden?

Wie können sich folglich, alle diese Fragen zusammenführend, transnationale Massenmobilisierungen so mit einer autonomen lokalen Organisation verschränken, dass sie von jedem Ort dieser Welt aus vom symbolischen zum materiellen Angriff auf die herrschende Weltordnung übergehen? Nur die Bewegungen selbst können diese Fragen beantworten. Unabhängig vom Selbstverständnis vieler AktivistInnen haben sie in den Sozialforen auch die Räume geöffnet, in denen verschiedene Antworten auf diese Fragen gefunden, erprobt und ausgetauscht werden können, nicht für eine immer nur imaginäre »Vereinheitlichung«, sondern für die radikalierende Selbstveränderung aller Teile der Bewegung. Ihre politische Linke ist gefordert, diese Räume nach Maßgabe ihrer theoretischen Phantasie und ihres organisatorischen Geschicks auszuweiten und offen zu halten.

Der Autor arbeitet in MEDICO INTERNATIONAL und ist Mitglied des Koordinierungs-Kreises von Attac-D.

Ulrich Brand

Stand und Perspektiven der globalisierungskritischen Bewegung

(Beitrag auf der Sommerakademie 2003)

Ich möchte auf Probleme und Widersprüche innerhalb der „Bewegung der Bewegungen“ eingehen. Ich will einige Aspekte benennen, die m.E. innerhalb des heterogenen und glücklicherweise pluralen globalisierungskritischen Spektrums zu diskutieren wären. Dabei verstehe ich die Anmerkungen als **Teil eines gemeinsamen Suchprozesses** und zudem als keineswegs erschöpfend. Die grundlegende Annahme ist, dass es nicht darum gehen kann, die gegenwärtigen Entwicklungen von einer Perspektive eigener politischer „Wahrheit“ aus zu kritisieren. Alle Spektren müssen bestimmte **Ambivalenzen aushalten** und mit

ihnen umgehen. Allerdings geht es vor allem darum, die klärenden und politisierenden Potenziale zu sehen und – wo notwendig – Sichtweisen und Positionen auf ihre eigenen Grenzen hinzuweisen. Ich nehme diese Bewegung in ihrem eigenen emanzipativen Anspruch ernst: **„Eine andere Welt ist möglich!“ und „Ya basta!“** (es reicht!) sind breit geteilte Stimmungen. Was das genau heißt, ist bislang keineswegs klar. Es lässt sich bislang jedoch heraus destillieren, dass es gegen eine immer weitere Ökonomisierung der Gesellschaft geht.

Ich will fünf knappe Anmerkungen machen, wo ich u.a. Probleme und Diskussionsbedarf sehe. *Zum einen* gibt es eine problematische Verengung auf **Verteilungsfragen**, *zweitens* muss der Bezug auf den **Staat** immer wieder reflektiert werden, dasselbe gilt *drittens* für einen „Hauptgegner“, nämlich den **Neoliberalismus**, *viertens* würde ich davor warnen, „eine andere Welt“ zu **abstrakt als Modell** zu verstehen, emanzipative Politik sollte an realen Konflikten ansetzen und *schließlich* ein paar Überlegungen zur sog. **Organisationsfrage**. Das alles ist, auch angesichts der knappen Zeit, als Diskussionsanregung zu verstehen.

1) Meines Erachtens verstehen große Teile der Bewegungen unter einer gerechteren Welt eine, in der vor allem die materiell produzierten Reichtümer gerechter verteilt werden. Prominent sind hier Ansätze eines globalen Keynesianismus wie er bspw. von Susan George vertreten wird. Nicht zuletzt der Berliner Kongress zu Globalisierung und Ökologie Ende Juni hat aber gezeigt, dass es dringend notwendig ist, **nicht nur Verteilungsfragen, sondern auch jene nach Produktions- und Konsummustern zu stellen**. Diese sind mit Machtverhältnissen verbunden, aber auch mit den immer perverseren „Bedürfnissen“ einer globalen Mittelklasse. Es geht nicht nur darum, den Kuchen besser aufzuteilen, sondern seine Zutaten und Herstellungsformen infrage zu stellen. Hier könnte eine **radikale Konsumkritik** ansetzen, die danach fragt, zu welchem Zweck eigentlich produziert wird, was „ökonomische Effizienz“ bedeutet, warum alle glauben, dass privat-kapitalistische Unternehmen die effizienteste Form gesellschaftlicher Produktion sind. Es wird noch komplizierter: Die Sozialsysteme sind auf's tiefste mit dem Gedeihen der kapitalistischen Ökonomie verbunden, was immer eine hochgradig ausbeuterische internationale Arbeitsteilung beinhaltet. Wie können solidarische Sozialsysteme organisiert werden, die nicht auf den **Wachstumswang** angewiesen sind? Welche Rolle spielt dann der Staat, der ja immer weniger sozial, aber gleichbleibend kapitalistisch, patriarchal, nationalistisch und imperialistisch ist. Innerhalb der BUKO wollen wir das unter dem Stichwort „Aneignung“ diskutieren. Damit will ich gerade nicht abstrakt „die Systemfrage“ stellen, wie mir Mohssen Massarat vorwarf, sondern die umfassenden Mechanismen einer unsolidarischen und zerstörerischen Gesellschaftsform in den Blick rücken. Die ausschließliche Thematisierung von Verteilungsfragen drückt sich – bewusst oder unbewusst – um diese Probleme.

2) Damit bin ich schon beim zweiten Punkt. Die **Staatsfixierung** vieler GlobalisierungskritikerInnen ist zwar mit der Schwäche linker Politik in den 90er Jahren erklärbar. Gleichwohl ist sie verkürzt, denn Staat oder internationale Politik stehen - entgegen der Rhetorik sozialdemokratischer Intellektueller - nicht gegen den Markt, sondern sind dessen Voraussetzung. Das "Nullsummenspiel" Markt und Staat, das etwa im Attac-Spektrum suggeriert wird, ist schlicht falsch. Es geht vielmehr um die konkreten Inhalte staatlicher Politiken, um die dabei berücksichtigten Interessen und um die Chancen schwächerer Akteure, ihre Interessen überhaupt verfolgen zu können. Dies ist kein Plädoyer gegen andere staatliche Politiken, die eine Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse sind, wohl aber gegen die Engführung alternativer Politiken darauf. Eine Paradoxie der aktuellen Gesellschaftstransformationen besteht darin, dass sie die Grenzen staatlicher Politik aufzeigt. Das sollte für linke Positionen kein Anlass zur Häme sein, denn damit

werden zuvorderst grundlegende Rechte der subalternen Klassen abgebaut. Dennoch öffnen sich auch Räume für eine linke Kritik daran. Macht- und Herrschaftsverhältnisse müssen aus emanzipativer Perspektive umfassender in Frage gestellt werden, wobei der bürgerlich-kapitalistische Staat zentraler Akteur und Terrain der Aufrechterhaltung von Macht und Herrschaft ist und eben nicht als mögliches Bollwerk gegen den Neoliberalismus (miss-)verstanden werden kann. Dies aufzunehmen und voranzutreiben, ist eines der Essentials linker Politik. Deutlich müsste heute werden, dass soziale Bewegungen zwar auch um die Veränderung gesellschaftlicher, vom Staat festgeschriebener Regeln und verteilter Ressourcen kämpfen, sie aber immer Gefahr laufen, sich zu sehr auf die herrschenden Formen von Auseinandersetzungen einzulassen. Es geht immer auch darum, neben konkreten Inhalten die Formen herrschender Politik in Staat und Öffentlichkeit zu unterlaufen. Das ist nicht einfach, muss aber immer wieder versucht werden.

3) Eines der großen Verdienste der globalen sozialen Bewegungen besteht darin, ein Verständnis von „Globalisierung“ infrage gestellt zu haben, das diese als unausweichlichen und logischen Prozess versteht. Globalisierung, das ist heute immer mehr Menschen klar, ist ein machtförmiger, interessengeleiteter und ausgrenzender Prozess, sie ist neoliberal. Gleichwohl sehe ich ein Problem: Viele AktivistInnen, Intellektuelle und JournalistInnen reduzieren **Neoliberalismus** auf die gestiegene Macht von Kapital und Staat. So wichtig die dort formulierten neoliberalen Strategien sind, so deutlich ist auch, dass das neoliberale **Einheitsdenken** sich in den Köpfen und Alltagspraxen von Menschen festgesetzt hat. Das erleben wir doch alltäglich in den Betrieben, an den Unis, im persönlichen Umfeld. Damit kann man den vielleicht Identität stiftenden, aber vereinfachenden Gegensatz „dort die Neoliberalen (Schlechten) und hier wir (die Guten)“ nicht aufrecht erhalten. Antonio Gramsci hat vor 70 Jahren gezeigt, dass Herrschaft sich in westlichen Gesellschaften ganz wesentlich dadurch stabilisiert, dass sie von den Beherrschten akzeptiert wird. Also muss auch dort angesetzt werden, was Konsequenzen für politische Strategien hat: Es geht nämlich nicht immer nur um die „große“ Politik gegenüber dem Staat und Parteien und Verbandsvertretern sowie um die breite Öffentlichkeit, sondern auch um die **Nahverhältnisse**. Das unterschätzt Attac m.E. in seinen Strategien ganz dramatisch; suggeriert wird zumindest nach außen hin, dass es die wichtigen Dinge gibt und so nebenbei auch noch die kleinteiligen und eher internen.

4) Ich kenne die attac-internen Debatte zu wenig. Den folgenden Aspekt nenne ich eher exemplarisch wegen der derzeit laufenden Diskussion um ein „Programm für eine **Alternative Weltwirtschaftsordnung**“. Ich sehe die Gefahr, in der zweifellos wichtigen Diskussion um Alternativen, diese **zu sehr von oben** und als Bausteine zu denken. Hier soll die Welt vor allem dadurch verändert werden, dass die wichtigen politischen Institutionen umgebaut werden. Dadurch werden Politisierungsprozesse erhofft. So wichtig Letzteres ist, so sehr unterschätzt es andere Aspekte. Eine zentrale Herausforderung bestehen m.E. darin, aus einer Staats- und Herrschaftskritik heraus praktische Schritte für politische Veränderungen zu formulieren – nicht in Gestalt eines scheinbar „großen Wurfs“, sondern in Gestalt konkreter Forderungen, die bestimmte Widersprüche politisch zuspitzen und soziale Sprengkraft entfalten, ohne dabei die Ziele emanzipativer Politik vorzuschreiben. Solche Forderungen können sich durchaus auf die Ebene internationaler Institutionen beziehen. Hier wäre

z.B. zu überlegen, inwieweit den weit verbreiteten Vorschlägen zur **Reform** von IWF, Weltbank oder WTO die Forderung nach deren **Abschaffung** entgegen gestellt werden könnte, um die grundlegende Herrschaftsförmigkeit der drei Institutionen wieder stärker in den Blickpunkt zu rücken. Zum anderen geht es – wie gesagt - darum, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse durch die Veränderung von Alltagspraxen zu verschieben. Emanzipative Politik "geht" nicht schnell - wenngleich "Sprünge" vor allem auf der symbolischen Ebene und jener der positiveren Selbsteinschätzung unverzichtbar sind (deswegen sind "Genua" und "Seattle" wichtig) -, sondern ist kompliziert und muss an alltägliche Praxen in Uni, Betrieb, Stadtteil, politischen Organisationen oder persönlichen Beziehungen rückgebunden werden. Dies kann nicht durch mediale Aufmerksamkeit und die Schaffung anerkannter SprecherInnen kompensiert werden. Denn zweifellos besteht die Gefahr, Teil der "**Politik in der Manege**" (Wolf Dieter Narr/Roland Roth) zu werden. Sonst wird nämlich unterschätzt, dass der Neoliberalismus gerade auf der kulturellen Ebene überaus erfolgreich war. Es geht also um praktische Veränderungen von Arbeits-, Lebens- und Vergesellschaftungsformen, von Konsumweisen und Geschlechterverhältnissen. Bei Attac gibt es hierzu durchaus Ansatzpunkte: Etwa dort, wo Attac-Regionalgruppen die konkreten Manifestations- und Produktionsformen neoliberaler Globalisierung in ihrem jeweiligen Umfeld zum Thema machen, oder wo sich Attac in die Auseinandersetzungen um die Privatisierung sozialer Sicherungssysteme einmisch.

5) Bei meinem letzten Punkt bin ich am unsichersten, nämlich die Frage, wie heute grundlegende gesellschaftliche Veränderungen organisiert werden sollen. Eine wichtige historische Erfahrung ist, dass das nicht oder nur sehr begrenzt über Parteien geht. **Parteien** können im besten Falle eine Vermittlung ins staatlich-politische System sein und Infrastruktur für Bewegungen, aber in der Regel ordnen sie sich Bewegungen unter. Die Erfahrungen mit den Grünen sind ja eindeutig negativ. Zudem wird in sich globalisierenden Zeiten deutlich, wie stark auf den Nationalstaat

bezogene Politiken leer laufen, wenn sie gegen die Absicherung der neoliberalen Politiken gerichtet sind. Staatliche und Parteienpolitik sind nicht unwichtig, aber eben aus sehr systematischen Gründen kein Motor emanzipativer Veränderungen. Nun, das wäre ein Thema für sich. Ich will nur auf einen Aspekt hinweisen: Die Attraktivität sozialer Bewegungen liegt weniger in ihrer politischen Durchschlagskraft, sondern im Sich-ernst-nehmen, in der Lust auf Veränderung, in der Abscheu vor der unendlich traurigen und zynischen herrschenden Politik. Gesellschaftliche Gärungsprozesse, rebellisches Bewusstsein, die Delegitimierung der „alten Scheiße“ (Marx), das läuft vielfältig ab und muss auch nicht straff organisiert werden. Inwieweit das auch wirklich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verschieben kann (und darum geht es natürlich ganz entscheidend), ist heute durchaus offen und hierzu sind natürlich Strukturen und Strategien wichtig. Aber wir haben einiges zu bieten und sollten diese Lust am eigenen Engagement auch nicht über zu rigide Strukturen oder das Durchzocken von Positionen gefährden.

Wie zu allen Punkten gilt auch hier: Wir sind Teil noch durchaus schwacher gesellschaftlicher Prozesse und die Gegenseite schläft ja nicht in ihren Bemühungen zu kooptieren, zu delegitimieren oder gewaltsam zu unterdrücken. Vieles müssen wir noch erfinden, bei anderem an positive historische Erfahrungen anschließen. Die skizzierten und viele andere Probleme müssen reflektiert und politisch-praktisch angegangen werden. Schließlich: Ihr seid alle herzlich eingeladen, an unserem 27. BUKO-Kongress nächstes Jahr am Himmelfahrt-Wochenende in Kassel teilzunehmen und, wer Lust hat, euch auch in die Vorbereitungen einzubringen. Das Überthema ist Privatisierung, Sozialabbau und Arbeit (www.buko.info). Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Der Autor arbeitet an der Uni Kassel und ist neben der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) auch im wissenschaftlichen Beirat von Attac aktiv.

Als die Globalisierungsgegner in CANCUN vom Scheitern der Gipfels hörten, ertönte spontan das folgende Lied – (nach der Musik des Beatle-Liedes „Can't buy me Love“)

Can't Buy the World

*Our world is not for sale, my friend
Just to keep you satisfied.
You say you'll bring us health and wealth
Well we know that you just lied.
We don't care too much for Zoellick
Zoellick can't buy the world.
Can't buy the wo-orld, listen while we tell you so
Can't buy the wo-orld, no no nooo!*

*No new issues in Cancun
You know that's just not right.
No arm-twisting delegates
Or Green Rooms through the night.
We don't care too much for bullies
Business can't rule the world.
Can't rule the wo-orld, listen while we tell you so
Can't rule the wo-orld no no nooo!~!*

Du bist am Zug! nach Paris für ein Soziales Europa!

Am Dienstag, den 11. November 2003 rollt der "Zug für ein anderes Europa in einer anderen Welt" zum 2. Europäischen Sozialforum - www.fse-esf.org - in Richtung Paris los. Die Route führt von Wien über Linz, Salzburg, München und Stuttgart.

Programm und Ablauf des 2. Europäischen Sozialforums:

Mitte November werden Zehntausende Menschen in Paris über die Auswirkungen und Mechanismen des herrschenden Wirtschaftssystems, des Rassismus, des Patriarchats und der Umweltzerstörung diskutieren. Es gilt, Alternativen zur gegenwärtigen Globalisierung und Möglichkeiten ihrer Umsetzung zu erarbeiten. Das 2. Europäische Sozialforum "Für ein anderes Europa - in einer anderen Welt" wird von Mittwoch, den 12. November bis Samstag, den 15. November in Paris stattfinden, beginnend mit der Europäischen Versammlung für die Rechte der Frauen. Veranstaltungsorte sind Paris La Villette sowie Saint Denis, Ivry und Bobigny. Am Sonntag, den 16. November, folgt das Treffen der sozialen Bewegungen. Die fünf inhaltlichen Säulen des ESF (European Social Forum) sind: "Gegen Krieg für ein Europa des Friedens und der Gerechtigkeit", "Gegen Neoliberalismus, gegen Patriarchat, für ein Europa der sozialen und demokratischen Rechte", "Gegen Profitlogik, für eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft, soziale Gerechtigkeit und Ernährungssicherheit", "Gegen Liberalisierung, für ein Europa demokratischer Informationen, Kultur und Bildung", "Gegen Rassismus, Xenophobie und Ausgrenzung - für ein Europa, offen gegenüber EmmigrantInnen, Flüchtlingen und Asylsuchenden". Vormittags finden Konferenzen statt, welche simultan in Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch und Spanisch übersetzt werden. An den Nachmittagen werden in Seminaren und selbstorganisierten Workshops Zusammenhänge beleuchtet und Handlungsstrategien entwickelt. AktionskünstlerInnen, Theater, Musik und Filme sowie eine große Parade durch Paris werden die Untrennbarkeit und Vielfalt der Bewegung darstellen. Die programmatischen und organisatorischen Vorbereitungen versprechen ein Forum, das mit seinem politischen, inhaltlichen und kreativen Potenzial an Porto Alegre und Florenz anschließt und so zum weiteren Kristallisationspunkt der europäischen Sozialforenbewegung wird.

jetzt bist DU am ZUG!

"Zug um Zug für ein soziales Europa"

Beim Kauf eines Tickets übernimmt das Organisationsteam Deine ESF-Anmeldung. Der Sonderzug ist durchgängig mit Liegewägen ausgestattet und verfügt über zwei Büffetwägen. Der Zug von Wien nach Paris und zurück, ist ein Raum für die sozialen Bewegungen aus Österreich und Deutschland, um mit der Diskussion und Arbeit an einer nötigen, anderen Welt zu beginnen.

Online-Anmeldung auf www.socialforum.at:

Anmeldeschluss: 31. Oktober 2003 (Einzahlungsdatum)

Hinfahrt ab Wien-Westbahnhof: 11. November 2003, voraussichtlich 17h

Rückfahrt ab Paris: 16. November 2003, nachmittags Ankunft Wien-

Westbahnhof: 17. November 2003, 8h

Preis für Hin- und Rückfahrt, ESF-Teilnahmebeitrag und Schlafsack-Übernachtung: 199 Euro Vollpreis (Abfahrt aus Österreich) 133 Euro ermäßigt für Lehrlinge, SchülerInnen, StudentInnen, Arbeitslose, Zivildienstler (Abfahrt aus Österreich) 122 Euro für Menschen, die in Deutschland zusteigen

Kontakt/Fragen/Kartenkontingente:

www.socialforum.at

zug@socialforum.at

Zwischen Himmel und Erde

Ein Rechenexempel. (Nach Adam Riese und Hans-Jürgen Krysmanski)

"Die Allerwenigsten auf diesem Planeten haben ein Vermögen von auch nur 1000 Dollar, ein Banknotenbündel von etwa 1 cm Höhe. Mit 100 000 Dollar, etwa einem Meter, gehört man im weltweiten Vergleich schon zu den Wohlhabenden. Und mit 180 000 Dollar, also Mannshöhe, zu den Reichen.

Das Vermögen eines einfachen Millionärs, 1 Mio Dollar, entspricht dann 10 Metern, der Höhe eines dreistöckigen Hauses. Aber auch gewöhnliche Millionäre verfügen im allgemeinen über mehrere Millionen Dollar. Bei drei Mio wären das dann bereits dreißig Meter, ein neunstöckiges Gebäude. Zehn Mio Dollar ergäben schon 100 Meter, also ein Hochhaus mit dreißig Stockwerken. Da stünde ein wohlhabender Durchschnittsmensch mit seinen 180 000 Dollar schon staunend davor.

Ähnlich muss es unserem gewöhnlichen Multimillionär mit 10 Mio Dollar gehen, wenn er auf einen richtigen Multimillionär mit einem Vermögen von 100 Mio Dollar stößt. Man sollte wissen, zu den gewöhnlichen Multimillionären gehören heute auch schon die Eliten aus Politik, Wissenschaft, aus den freien Berufen, dem Showgeschäft und dem Sport. Die stehen nun auf dem Dach ihres 30-stöckigen Kleinwolkenkratzers und blicken hinauf, wie der richtige Multimillionär mit seinem Privatflugzeug in 1 km Höhe, denn das entspricht 100 Mio Dollar, über die Stadt fliegt.

Oberhalb der Vermögen von 100 Mio Dollar geht die Welt der Reichen allmählich - aber nur allmählich - in die Welt der Superreichen über. Mit 200 bis 300 Mio Dollar kann man bequem über die Alpen fliegen, mit 800 Mio Dollar über den Himalaya und braucht dann schon ein Sauerstoffgerät. Der einfache Milliardär schließlich fliegt mit seinem Businessjet in einer Höhe von 10 km, wo die Welt da unten sehr klein aussieht und das dreistöckige Haus unseres einfachen Millionärs schon nicht mehr richtig zu erkennen ist, geschweige denn ein einzelner Mensch mit seinen 180 000 Dollar.

In dieser Region aber, ab 1 Mrd Vermögen, 10 km hoch, wird es erst wirklich interessant. Die Zahl solcher Dollarmilliardäre bewegt sich weltweit zwischen 2000 und 3000. Diese kleine Gruppe als Ganze verfügt über ein Vermögen, das größer ist als das BSP der drei unteren Fünftel aller Staaten oder größer als das Vermögen der unteren 80 Prozent aller Menschen auf dieser Erde. Mit 3 Mrd Dollar Vermögen (30 km) fliegt man im Übrigen bereits in der Stratosphäre, mit 10 Mrd (100 km) verlässt man die irdische Lufthülle, und mit den 50 Mrd von Bill Gates (500 km) befindet man sich bereits im Weltraum. Und da sage mir einer, dass Milliardäre nicht in Versuchung sind, sich dieses Planeten als Ganzem anzunehmen und planetarisch zu denken."

(Aus der Eröffnungsrede des Münsteraner Soziologieprofessors Hans-Jürgen Krysmanski)
(<http://www.hjkrysmanski.de/>)